

Mehr Pluralität mit freien Schulen

Veröffentlicht am 2.01.2012 durch Redaktion

“[Pluralität statt Einheitsbrei](#)” ist das Motto des Bildungswissenschaftlers und Professors Henning Schluss.

Er antwortet damit auf das [Interview mit Bildungsministerin Martina Münch](#).

[Weitere Infos hier](#).

Sille Boll: Elternsprecherin und Sonderpädagogin

Veröffentlicht am 7.01.2012 durch Redaktion

In der Reihe “Falkenseer Köpfe” wird Silke Boll, Elternsprecherin am Lise Meitner Gymnasium, vorgestellt. Als Grundschullehrerin und Sonderpädagogin setzt sie sich engagiert für Inklusion ein. Sie leitet eine inklusive Grundschul-Klasse und konnte langjährige eigene Erfahrungen sammeln. Von Kind an bewegt sie sich im Rollstuhl. Integration hat sie in der Praxis oft als Ausgrenzung empfunden. Deshalb ist Inklusion auch ihr persönliches Interesse und ihr Motto lautet: “Niemand wird aussortiert!”.

[Hier der Artikel](#)

Lewandowski: neue Schulen nicht nötig!

Veröffentlicht am 10.01.2012 durch Redaktion

Auf der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales am 9.1. in Rathenow stand der neue “Schulentwicklungsplan 2015/16” im Mittelpunkt. Dabei ging es weniger um das, was drin steht, sondern mehr um das, was nicht drin steht. Die statistischen Zahlen wurden schon im Vorfeld kaum angezweifelt, deshalb gab es auch keine Gegenstimmen. Keine Prognosen gibt der Kreis allerdings für die Auswirkungen der inklusiven Beschulung ab. Die Zukunft der Förderschulen hängt vom Anwahlverhalten der Eltern und von der Umsetzung des Maßnahmenplans der Landesregierung ab. Deshalb verzichtet der Schuldezernent auf Prognosen zu den Förderschulen. Auch der durchschnittliche Anteil von Förderschülern in den Grundschulen wird einfach fortgeschrieben.

In einem Interview mit der MAZ deutet Landrat Schröder Konsequenzen für die Schullandschaft an: “Wir wissen, dass wir mit Blick auf den Prozess der Inklusion nicht um Schließungen, Erweiterungen von Schulen, Umbauten und Neuausstattungen herum kommen. ... Es gibt Schulstandorte, die tendenziell weniger Schüler oder mehr Schüler haben. Im Jahr

2012 werden wir mit den Gemeinden, insbesondere Mittelzentren strategische Entscheidungen fällen müssen.“

Der Journalist Oliver Fischer geht da schon weiter: “Die weiterführenden Schulen im Havelland reichen schon ohne Inklusion bald nicht mehr aus, um die stetig wachsenden Schülerzahlen aufzunehmen. Zumindest Falkensee und Nauen werden sich deshalb darauf einstellen müssen, entweder eine Schule deutlich zu erweitern oder eine ganz neue zu bauen.“

Als Herr Seelbach in der Ausschusssitzung auf die Berichte hinwies, widersprach der stellvertretende Landrat Roger Lewandowski Herrn Fischer: “Neue Schulen sind nicht nötig!“ Allerdings räumte er ein, dass es zu einer besonderen Belastung der Lehrkräfte kommen wird und einige Räume umgewidmet werden müssen. Hier will der Kreis helfen.

[Interview mit Landrat Schröder](#)

[Kommentar Oliver Fischer](#)

Schulentwicklung HVL: neue Trends

Veröffentlicht am 10.01.2012 durch Redaktion

Im Rahmen der Vorstellung des “Schulentwicklungsplans 2015/16“ hat das Schulamt des Kreises auch einige interessante Statistische Daten über die Trends der letzten 5 Jahre bekannt gegeben.

Kurz gesagt:
mehr AHR-Empfehlungen,
mehr Integration,
nahezu Halbierung des Schüleranteils an Oberschulen, bei
nahezu Verdoppelung an Gesamtschulen.

Im Einzelnen:

Beim Ü7-Übergang ist der Anteil der Empfehlungen für Allgemeine Hochschulreife (AHR) von 43,6% (2008/09) auf 52,4% (2011/12) gestiegen.

Der Anteil der Förderschüler hat sich an Grundschulen von 3,4% (2007/08) auf 4,7% (2011/12) erhöht, an Oberschulen von 3,6% auf 5,7%, an Gesamtschulen von 1,5% auf 1,7%.

Was den Schüleranteil angeht, ist auffällig, dass die Oberschulen von 39,2% auf 22% zurückgingen, während im gleichen Zeitraum die Gesamtschulen von 15,4% auf 28,1% angestiegen sind.

Die Anzahl an Grundschülern wird weiter leicht zurückgehen, um dann zum Schuljahr 2015/16 wieder anzusteigen, insbesondere in Rathenow, Wustermark und Nauen.

GEW fordert mehr Ressourcen für Inklusion

Veröffentlicht am 20.01.2012 durch Redaktion

Die GEW Brandenburg positioniert sich zu den geplanten Pilotschulen. Dabei fordert sie eine bessere Pauschalausstattung mit Lehrerwochenstunden (LWS): statt 3,5 LWS*5% fordert sie 4,5 LWS * 7%.

Zum Hintergrund: Das Bildungsministerium hat diese Pauschalausstattung den Schulen, die sich als Pilotschulen zur Inklusion bewerben und angenommen werden, zugesichert. Im Gegenzug nehmen die Schulen alle Kinder mit den Förderbedarfen LES (Lernen, emotional-soziale Entwicklung und Sprache). Für die 'klassischen' Förderbedarfe wie geistige Entwicklung, Hören, Sehen u. a. werden wie bisher individuelle Stundenzuweisungen vorgenommen.

Mit dem vorgesehenen Frequenzrichtwert für inklusive Klassen von 23 Schülern/Klasse ist die Lehrgewerkschaft einverstanden. Jedoch solle diese Zahl generell gelten und auch Obergrenze sein.

Wegen der aus ihrer Sicht unzureichenden Bedingungen sollten die GEW-Mitglieder vor Ort gegen einen Antrag zur Pilotschule stimmen.

[Hier die Stellungnahme der GEW](#)

[Artikel in der MAZ](#)

[Interview mit einem Schulleiter zu Bedingungen der Inklusion](#)

Zeugnis für einen Schulleiter

Veröffentlicht am 29.01.2012 durch Redaktion

An der Regine Hildebrandt Gesamtschule wurde einer der bekanntesten Schulleiter Brandenburgs verabschiedet: Hansjörg Behrendt.

[Hier ein Pressebericht](#)

[Hier eine Übersicht von Artikeln aus der Märkischen Oderzeitung](#)

Bericht vom Kreisschulbeirat HVL

Veröffentlicht am 8.02.2012 durch Redaktion

Der Kreisschulbeirat Havelland hat sich auf seiner Sitzung am 7.2.2012 mit folgenden Themen befasst:

Inklusion

Drei Lehrkräfte aus Grund- und Oberschulen des Havellandes präsentierten neben Zahlen und Fakten auch anschaulich den inklusiven Unterricht vor Ort.

Untersuchungen belegen: Die Chancen, einen dualen Ausbildungsplatz zu erhalten, sind höher, wenn ein behindertes Kind in einer Regelklasse unterrichtet wurde.

Es wurde deutlich, dass Inklusion geht, wenn der Wille da ist, die Klassenfrequenz nicht zu hoch ist, differenzierte Arbeitsmaterialien vorliegen und die Lehrkräfte sonderpädagogische Kompetenzen haben. Eng wird es allerdings, wenn Sonderpädagogen langfristig ausfallen. Dann gibt es häufig keinen adäquaten Ersatz. Wir brauchen dringend mehr sonderpädagogisch qualifizierte Lehrkräfte.

siehe auch [Artikel zur Erich Kästner Schule](#)

Schulentwicklungsplan

In einer Pressemitteilung nimmt der Kreisschulbeirat Stellung und weist auf Besonderheiten und wichtige Entwicklungen hin (siehe unten).

siehe auch [Artikel zur PM](#)

Schülerbeförderung

Offenbar gibt immer wieder überfüllte und vorbeifahrende Schulbusse. Das belegen ca. 200 Rückläufe einer Befragung. In Abstimmung mit dem Kreiselternrat plant die AG Schülerbeförderung eine Pressemitteilung und eine Rede auf der Märzsitzung des Kreistages: 26.3.16:15h.

Wolfgang Seelbach, Vorsitzender des KSB HVL

07.02.2012

Pressemitteilung des Kreisschulbeirates Havelland zum Entwurf Schulentwicklungsplan Havelland

Der Kreisschulbeirat Havelland begrüßt den Schulentwicklungsplan, der mit seinem umfangreichen statistischen Material eine gute Grundlage für die weitere Schulplanung im Havelland ist.

Mit Sorge betrachten wir den dramatischen prozentualen Rückgang des Anteils der Oberschulen an den Schülerzahlen. Im vorangegangenen Planungszeitraum von 6 Jahren hat sich der Anteil der Oberschulen von knapp 40% auf 22 % nahezu halbiert. Fast gleichzeitig hat sich der Schüleranteil der Gesamtschulen fast verdoppelt.

Viele Schüler kommen an die Oberschulen, weil sie von Gymnasien und Gesamtschulen abgelehnt werden mussten. Ohne diese Schüler wäre der Trend noch stärker.

Über Konsequenzen hinsichtlich des Schulangebotes sollte dringend nachgedacht und diskutiert werden.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Schulverwaltungsamt HVL aufgrund der Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der Integration und Inklusion die Förderschulen aus der Prognose herausnimmt. Wir begrüßen das Vorhaben, schon vor Ablauf der Planungsperiode (2015/16) gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Der Schulentwicklungsplan geht davon aus, dass der Unterricht "zunehmend ... in integrativer Form ... realisiert" wird. Dadurch werden unter Anderem durch verringerte Klassenfrequenzen erhöhte Investitionen in sachliche und personelle Ausstattung notwendig.

Die Steigerung der Abgänger von Grundschulen führt bei einigen weiterführenden Schulen zu räumlichen Engpässen. So erwarten wir, dass beispielsweise die Überbelegung des Marie-Curie-Gymnasiums mit 6 Zügen nur von kurzer Dauer ist. Andernfalls müssten Kapazitätserweiterungen vorgenommen werden.

Einstimmig angenommen am 07.02.2012

Wolfgang Seelbach, Vorsitzender des Kreisschulbeirates Havelland

Kooperationsverbot wackelt

Veröffentlicht am 8.02.2012 durch Redaktion

Politiker aus allen Parteien fordern die Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbotes. In Artikel 91 und 104 des Grundgesetzes ist die Unterstützung des Bundes in Bildungsfragen sehr eingeschränkt. Finanzielle Anstöße z. B. für Ganztage oder soziale Zwecke ist nicht oder nur auf komplizierten Umwegen möglich.

Siehe dazu:

<http://www.tagesspiegel.de/wissen/bildung-und-wissenschaft-das-kooperationsverbot-wackelt/6116630.html>

<http://www.tagesspiegel.de/wissen/kooperationsverbot-der-bund-soll-schule-machen/6168736.html>

2. Phase Schulvisitation: erste Ergebnisse

Veröffentlicht am 10.02.2012 durch Redaktion

Seit Beginn des laufenden Schuljahres wird in etwas modifizierter Form die zweite Phase der Schulvisitation durchgeführt. Wieder sollen im Verlauf von 5 Jahren alle Brandenburger Schulen durch den "TÜV". Teams von Fachleuten analysieren die Qualität von Schule und Unterricht. Ein erster Zwischenbericht bestätigt, dass bei der individuellen Förderung noch Entwicklungsbedarf besteht. Hier kommt die geplante Fortbildung der Lehrkräfte genau zum richtigen Zeitpunkt. Denn wer Inklusion kann, kann auch individuelle Förderung. Die Eltern erhoffen sich einen Qualitätsschub im Unterricht, der allen Schüler(inne)n zugute kommt.

Im Einzelnen gibt es **besonderen Entwicklungsbedarf** bei folgenden Merkmalen:

Ausgestaltung der schuleigenen Lehrpläne

Qualitätsmanagement

interne Evaluation

Aktivierung der Schülerinnen und Schüler

individuelle Differenzierung

Stärken liegen eher in folgenden Bereichen:

Schul- und Unterrichtsorganisation

Schulkultur

Kooperationsbeziehungen

Handeln der Schulleiter/-innen.

siehe auch [Presseartikel zum Zwischenbericht](#)

KSB HVL zum Schulentwicklungsplan

Veröffentlicht am 10.02.2012 durch Redaktion

Pressemitteilung des Kreisschulbeirates Havelland zum Entwurf Schulentwicklungsplan Havelland

Der Kreisschulbeirat Havelland begrüßt den Schulentwicklungsplan, der mit seinem umfangreichen statistischen Material eine gute Grundlage für die weitere Schulplanung im Havelland ist.

Mit Sorge betrachten wir den dramatischen prozentualen Rückgang des Anteils der Oberschulen an den Schülerzahlen. Im vorangegangenen Planungszeitraum von 6 Jahren hat sich der Anteil der Oberschulen von knapp 40% auf 22 % nahezu halbiert. Fast gleichzeitig hat sich der Schüleranteil der Gesamtschulen fast verdoppelt.

Viele Schüler kommen an die Oberschulen, weil sie von Gymnasien und Gesamtschulen abgelehnt werden mussten. Ohne diese Schüler wäre der Trend noch stärker.

Über Konsequenzen hinsichtlich des Schulangebotes sollte dringend nachgedacht und diskutiert werden.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass das Schulverwaltungsamt HVL aufgrund der Unsicherheiten über die weitere Entwicklung der Integration und Inklusion die Förderschulen aus der Prognose herausnimmt. Wir begrüßen das Vorhaben, schon vor Ablauf der Planungsperiode (2015/16) gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Der Schulentwicklungsplan geht davon aus, dass der Unterricht "zunehmend ... in integrativer Form ... realisiert" wird. Dadurch werden unter Anderem durch verringerte Klassenfrequenzen erhöhte Investitionen in sachliche und personelle Ausstattung notwendig.

Die Steigerung der Abgänger von Grundschulen führt bei einigen weiterführenden Schulen zu räumlichen Engpässen. So erwarten wir, dass beispielsweise die Überbelegung des Marie-Curie-Gymnasiums mit 6 Zügen nur von kurzer Dauer ist. Andernfalls müssten Kapazitätserweiterungen vorgenommen werden.

Einstimmig angenommen am 07.02.2012

Wolfgang Seelbach, Vorsitzender des Kreisschulbeirates Havelland

[Inzwischen wurde der Schulentwicklungsplan vom Kreistag verabschiedet. [Hier der Bericht aus der MAZ](#)]

Mehr als 30 in einer Grundschulklasse?

Veröffentlicht am 17.02.2012 durch Redaktion

Was eigentlich nach Verwaltungsvorschrift Unterrichtsorganisation nicht sein darf, ist in Oranienburg-Lehnitz Realität: 32 Schüler in einer GS-Klasse. Trotz zahlreicher Proteste der Eltern und diversen Pressemeldungen beharrt das Schulamt auf einer sehr speziellen Auslegung der Vorschrift. Die Obergrenze gelte nur zu Beginn des Schuljahres und könne dann später überschritten werden, wenn Kinder dazu kommen

[Stellungnahme des Landeselternrates](#)

[Presseartikel vom 16.2.2012 mit SPD-Position](#)

[Hier der Protest des Bürgermeisters](#)

Schülerbeförderung: KER HVL protestiert gegen Mängel

Veröffentlicht am 17.02.2012 durch Redaktion

Der Kreiselternrat HVL hat auf seiner Sitzung am 14.2.2012 eine Pressemitteilung verabschiedet, in der er die mangelnde Sicherheit und fehlende Koordinierung der Schülerbeförderung benennt. Eine Woche vorher hatte sich schon der Kreisschulbeirat mit dem Thema befasst und unterstützt die Erklärung.

Hintergrund ist das Ergebnis einer Befragung, an der sich bis jetzt schon über 500 Eltern und Schüler beteiligt haben: zahlreiche Beispiele von überfüllten Bussen, nicht mitgenommenen Schülern und schlecht koordinierten Abfahrtszeiten.

“Pressemitteilung Jörg Schönberg 14.02.2012

Zur Problematik SchülerInnenbeförderung erklärt das Mitglied des Kreiselternrats im Landkreis Havelland Jörg Schönberg:

Im November 2011 konstituierte sich eine Arbeitsgruppe SchülerInnenbeförderung Landkreis Havelland, welche dem Kreiselternrat im Landkreis Havelland angegliedert ist. Eine Umfrage unter Eltern ergab über 400 Rückmeldungen.

Eltern und SchülerInnen weisen auf schwerwiegende Probleme hin.

Die Sicherheit für die Kinder ist nicht immer gewährleistet.
Der Bus hält manchmal wegen Überfüllung nicht und lässt die Kinder stehen.

Die Platzkapazitäten sind beschränkt, Busse sind teilweise sehr voll.

Nicht alle Orte werden im Landkreis angefahren.

Die Zusammenarbeit Schule/Schulträger/Havelbus zur Abstimmung von Abfahrtszeiten muss verbessert werden.

Dazu werden Anfragen am 26.03.2012 an den Kreistag Havelland erfolgen.”

Herr Schönberg, Elternsprecher und Mitglied der AG Schülerbeförderung, wird dem Kreistag am 26.3.2012 um 16:15 einige Tatsachen vortragen, Ort Kulturhaus Rathenow.

[Weitere Informationen zur Schülerbeförderung und Havelbus](#)

Neue VV Unterrichtsorganisation in Arbeit

Veröffentlicht am 18.02.2012 durch Redaktion

Die VV Unterrichtsorganisation legt die Bedingungen fest, nach denen die Schulämter die Mittel auf die Schulen verteilen. Diese VV wird derzeit gründlich überarbeitet und befindet sich in der 1. Lesung. Neben systematischen Neuformulierungen, die der besseren Lesart dienen, werden auch einige inhaltliche Änderungen vorgenommen. So wurde beispielsweise schon auf dem Runden Tisch Inklusion vom Bildungsministerium bekannt gegeben, dass Förderstunden weniger häufig für Vertretung eingesetzt werden sollen.

Der Landeselternrat gibt dazu folgende Stellungnahme ab:

“Stellungnahme des Landesrates der Eltern Brandenburg (LER) zur geplanten Neufassung der VV Unterrichtsorganisation

Der LER hat sich auf seiner Sitzung am 14.1.2012 mit der geplanten Neufassung der VV Unterrichtsorganisation befasst. Wir haben festgestellt, dass weiter Klärungsbedarf besteht. Insbesondere fordern wir in diesem Zusammenhang:

- · Mitwirkungsrechte der Schulkonferenz dürfen nicht beschnitten werden.
- · Hinsichtlich der Vertretungsreserve dürfen die Schulen vor Ort nicht schlechter gestellt werden als vorher.
- · Förderstunden dürfen nicht als Vertretungsreserve missbraucht werden.

Wolfgang Seelbach, Sprecher des LER”

Am 18.2.2012 hat der Landesschulbeirat den Entwurf aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Es wird jetzt zu Einigungsverhandlungen kommen.

Pilotschulen: HVL ist dabei

Veröffentlicht am 18.02.2012 durch Redaktion

Die Bewerbungsfrist für Pilotschulen Inklusion läuft am Monatsende aus. Entgegen Aussagen des Schulverwaltungsamtes HVL haben sich aus unserem Kreis doch mehr Grundschulen beworben als erwartet. Wie Bildungsministerin Frau Dr. Münch am 18.2. auf dem Landesschulbeirat bekannt gab, gibt es landesweit insgesamt 60 bis 70 Bewerbungen. 27 kommen aus dem Bereich des Schulamtes Brandenburg an der Havel und davon wiederum 9 aus dem Havelland. Die endgültigen Zahlen stehen erst in einigen Wochen fest, wenn über die Bewerbungen entschieden worden ist.

[Hier schon mal ein Bericht zur Scholl-Grundschule Falkensee](#)

SVV F'see: vollständige Barrierefreiheit zu teuer

Veröffentlicht am 22.02.2012 durch Redaktion

Mit der Kant-Gesamtschule ist die vorläufig letzte Grundsanierung einer Schule in Falkensee auf den Weg gebracht. Doch es gibt Streit über mangelnde Barrierefreiheit. Die Fraktion Grüne/ABÜ warf dem Bürgermeister vor, sein Versprechen nicht zu halten, hält einen Aufzug zum Hochparterre für nicht ausreichend und stellte einen entsprechenden Antrag für die SVV. Schon beim neuen Gymnasium habe die Stadtverwaltung auf eine Barrierefreiheit verzichtet, mit dem Hinweis, dass diese besser bei der Kantschule durchgeführt würde. Das müsse jetzt auch durchgeführt werden.

Der Bürgermeister antwortete, dass der Antrag einen Baustopp bedeuten würde, was Grüne/ABÜ wiederum bestreiten. Er setzt darauf, dass das Land mit einer entsprechenden Finanzspritze aushilft.

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich am 29.2. mehrheitlich gegen den Antrag ausgesprochen. Um einen Baustopp auszuschließen, haben sich ABÜ und B90/Grüne dann bereit erklärt, den Antrag zum Prüfauftrag zu ändern. Auch Bürgermeister Heiko Müller hat sich dafür ausgesprochen, das Thema im Hauptausschuss noch mal aufzunehmen. Doch dazu kommt es nicht. Auch der Kompromissantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Alle Fraktionen haben sich grundsätzlich zur Inklusion bekannt, halten jedoch die baulichen Maßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt für ausreichend. Es ist zu erwarten, dass in absehbarer Zeit das Thema wieder auf die Tagesordnung kommt.

[MAZ-Artikel zum Antrag hier](#)

[Klarstellung in der BraWo](#)

[Artikel MAZ zur Ablehnung in der SVV](#)

[Bericht zur SVV im BraWo](#)

[Bericht zur SVV im preußenspiegel](#)

[Position B90/Grüne](#)

Stellungnahmen anderer Parteien liegen zur Zeit nicht vor.

Hier der ursprüngliche Antrag von der Fraktion Grüne/ABÜ, der später in eine Prüfauftrag umgewandelt wurde:

“Bei der laufenden Sanierung der Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe Immanuel Kant ist Barrierefreiheit bezüglich Zugänglichkeit und Nutzungsmöglichkeit für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen herzustellen. Durch die sich abzeichnende Erhöhung der Baukosten sind entsprechende Nachkalkulationen und Umschichtungen im städtischen Haushalt sowieso nötig. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die sich ergebenden Mehrkosten für die Barrierefreiheit darzustellen und einen finanziellen Deckungsvorschlag vorzulegen.”

Nauen: steigende Schülerzahlen bei Grundschulen

Veröffentlicht am 3.03.2012 durch Redaktion

In Nauen werden die Schülerzahlen an Grundschulen nach den Prognosen des Schulentwicklungsplans deutlich ansteigen, von derzeit 664 auf 775 im Jahre 2015. Die Zahlen von Schuljahr 2008/09 bis 2015/16 zeigen eine deutliche kontinuierliche Steigerungsrate:

2008: 623

2009: 633

2010: 657

2011: 664

2012: 673

2013: 681

2014: 731

2015: 775

Am Goethe-Gymnasium sind steigende Zahlen nicht zu erwarten, aber die angespannte Situation bleibt, denn die eigentlich dreizügige Schule wird mit ca. 645 Schülerinnen und Schülern auf absehbare Zeit vierzünftig laufen müssen.

Die Arco-Oberschule wird im 7. Schuljahr nach der Planung zunächst wieder dreizügig eingerichtet, ab 2013/14 aber wieder zweizügig.

Zur aktuellen Situation: Die Arco-(Grund-)Schule war mit einer ersten Klasse geplant, hat aber jetzt 42 Anmeldungen. Deshalb wird möglicherweise an der Grundschule am Lindenplatz statt zwei nur eine Klasse aufgemacht – je nach Entwicklung. [Hier die aktuellen Anmeldezahlen.](#)

Die Arco-Schule hebt sich durch ein besonderes Konzept hervor: Grundschule und Oberschule sollen hier in Zukunft eine Einheit bilden.

Mittelfristig sind bei der Raumausstattung der Schulen in Nauen Engpässe zu erwarten. Dies wurde schon bei der Diskussion um den Schulentwicklungsplan (SEP) bekannt. Die LINKE stimmte deshalb dem SEP nicht zu. Die prognostizierten Schülerzahlen nehmen im Grundschulbereich in den nächsten Jahren deutlich zu. Außerdem ist das Goethe-Gymnasium durch zahlreiche auswärtige Schülerinnen und Schüler stark belastet.

Der Rektor der Arco-Schule, Jürgen Beyer, wird am 15.3. um 19h im Blauen Haus, Gartenstraße 31, über seine Schule und Fakten zur aktuellen Schulentwicklung vorstellen. Eingeladen hat B90/Grüne. Wolfgang Seelbach, Landeselternsprecher, wird über den Stand der Diskussion in den Bildungsgremien berichten.

neue Anmeldungen: Trend zur Gesamtschule

Veröffentlicht am 9.03.2012 durch Redaktion

Wie schon in den vergangenen Jahren wollen immer mehr Grundschulabgänger zur Gesamtschule. Die Schulreform von 2005 hatte eigentlich ein Auslaufen dieser Schulform zum Ziel. Deshalb gibt es in Brandenburg nur noch wenig Gesamtschulen. Falkensee hat die Kant-Gesamtschule. Die platzt allerdings aus allen Nähten und ist mal wieder übernachgefragt. Von den 241 Anmeldungen werden voraussichtlich 85 abgelehnt. Die Oberschulen haben wenig Anmeldungen und nehmen einen Großteil der abgewiesenen Schülerinnen und Schüler auf.

[Artikel in der MAZ](#)

Anmeldezahlen: Oberschule Falkensee 49 (47 in 2011), Neues Gymnasium F'ssee 176 (109 in 2011), LMG F'ssee 121 (146 in 2011), MCG Dallgow-Döberitz 140 (165 in 2011), Kant-Gesamtschule 241 (231 in 2011), Arco-Oberschule Nauen 88 (79 Plätze), Oberschule Brieselang 32 (74 Plätze), Oberschule Elstal 53 (79 Plätze), Oberschule Ketzin 39
Quelle: MAZ 9. und 10.3.12

“Kulturjuni”: Kultur mit und von Schülern

Veröffentlicht am 11.03.2012 durch Redaktion

Mitteilung des Geschichts- und Kulturvereins Dallgow e.V. "GuK Da"

"Der Verein GuK Da plant am 16. und 17. Juni die „Dallgower Kulturtage im Pfarrgarten“ im Rahmen des „Kulturjuni in Dallgow“ in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Dallgow-Dorf e.V. und der ev. Kirchengemeinde.

Ort: Kirche, Pfarrgarten Dallgow mit Straßenbereich.

Dazu sollen am Sonntag, 17.6., auch Kinder- und Schülergruppen mit kulturellen Darbietungen auftreten können. Wenn Sie Interesse haben, melden Sie sich unverbindlich bei der Vorsitzenden des Vereins unter gukda@gmx.de - am besten bis Ende März, damit der Verein entsprechend koordinieren kann.

... Näheres zum Programm des "Kulturjuni in Dallgow" der Kirchengemeinde finden Sie im aktuellen Gemeindebrief auf Seite 3. ...

<http://www.kirche-dallgow.de/dateien/1330257212.pdf>

Informationen über den Geschichts- und Kulturverein GuK Da: <http://www.guk-da.de/>

Chancenspiegel BRB: Gerechtigkeit eher gut, Leistung eher schwach

Veröffentlicht am 13.03.2012 durch Redaktion

"In Brandenburg haben Kinder aus unteren sozialen Schichten gute Chancen, ein Gymnasium zu besuchen. Hier gehört die Mark zur Spitzengruppe. Dafür schneidet sie beim Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss und der Lesekompetenz schlecht ab." (MAZ 13.3.12)

Das ist eine erste Zusammenfassung der Ergebnisse des Chancenspiegels, der sowohl Kompetenzen als auch die Chancengerechtigkeit in den Bundesländern untersucht hat. Die Schwächen bei der Lesekompetenz betreffen eher Jungen und sind nicht nur der Schule anzulasten. Kinder lesen dann besser, wenn zu Hause auch auf Bücher geachtet wird.

[Bildungsforscher Wolfgang Lauterbach aus Potsdam im Interview](#)

[Erste Stellungnahmen aus der Politik](#)

[Kommentar der MAZ: Nachholbedarf](#)

[Bericht in den pnn](#)

[Bericht in der Berliner Zeitung](#)

gemeinsam von Stufe 1-10: Arco-Schule im Aufwind

Veröffentlicht am 16.03.2012 durch Redaktion

Die Arco-Oberschule in Nauen machte in den letzten Jahren Schlagzeilen mit einem neuen Konzept. Ergänzend zur bestehenden Oberschule wird eine Grundschule aufgebaut, die gemeinsames Lernen von Klasse 1 bis 10 ermöglicht. Auch wenn noch nicht alle Jahrgänge der hochwachsenden Grundschule etabliert sind, konnte Jürgen Beyer, Rektor der Arco-Schule, schon ein erstes positives Fazit ziehen. Befürchtungen, dass es zu Übergriffen älterer Schüler kommen könnte, haben sich nicht bestätigt, im Gegenteil: das soziale Klima hat sich verbessert. Die Älteren kümmern sich um die Jüngeren, insbesondere Zehntklässler fühlen sich für die „Kleinen“ verantwortlich. Das konnten auch Elternvertreterinnen der ersten Klassen bestätigen.

Weitere Vorteile sieht der Rektor in der Vorbereitung der Grundschüler auf die weiterführenden Schulen. Sek I-Lehrkräfte können auch in der Grundschule eingesetzt werden und hier fachliche Unterstützung leisten. Die Flexibilität ist höher.

Neben dem weiteren Aufbau der Grundschule stehen im Rahmen der Schulentwicklung noch weitere wichtige Verbesserungen an: Kooperation mit der gymnasialen Oberstufe des OSZ und Zusammenarbeit mit dem Hort.

Der Schulrektor machte bei der Gelegenheit auch einen kleinen Exkurs in die Vergangenheit. Die Graf Arco-Schule hat schwere Zeiten hinter sich. Einst war sie eine gefragte Gesamtschule, die ausreichend Schüler mit Gymnasialempfehlung hatte – die größte im Havelland. Durch die Schulreform von 2005 musste sich die Arco-Schule in eine Oberschule verwandeln. In der Folge blieben die Schüler weg, insbesondere die leistungsfähigen. Erst seit kurzem geht es wieder aufwärts. Der gute Ruf der Schule und das neue Konzept führen dazu, dass sich auch gymnasialempfohlene Schüler wieder anmelden. Die Übergänge an die Oberstufe nehmen wieder zu.

Das Konzept wurde auf einer Veranstaltung von B90/Die Grünen vorgestellt.

[Hier der Bericht des Veranstalters.](#)

20.4. Kulturfest in Nauen

Veröffentlicht am 19.03.2012 durch Redaktion

Einladung von 'Mikado':

“Sehr geehrte Damen und Herren,

der 20.04.1945 ist für Nauen ein geschichtsträchtiger Tag. Seit nunmehr zwei Jahren nimmt die NPD diesen Tag als Anlass für eine sogenannte Mahnwache und verdeckt damit ihr eigentliches Ziel: ihre menschenverachtende Ideologie zur Schau zu stellen. In den vergangenen Jahren hat ein Zusammenschluss von demokratischen Kräften aus Nauen und darüber hinaus Gegendemonstrationen organisiert. Alten und neuen Nazis darf keine Gelegenheit gegeben werden, die deutsche Geschichte zu verklären und die NS-Verbrechen zu verherrlichen.

In diesem Jahr führen die Vereine *Mikado* und *Humanistischer Freidenkerbund* im Rahmen des *Forums für Integration und Toleranz Havelland* am 20. April 2012 in Nauen ein großes buntes Familienfest und eine politische Kundgebung durch. Ziele sind, für eine demokratische, freie und tolerante Stadt Nauen, für Fröhlichkeit und kulturelle Vielfalt, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu wirken. Neben Workshops und einer Geschichtswerkstatt „Nauen am 20. April 1945“ zur geschichtsbewussten Aufklärung und Auseinandersetzung soll es vielfältige Angebote und öffentliche Aktivitäten von gemeinnützigen Vereinen, Einrichtungen, Schulen und Parteien für die Nauenerinnen und Nauener, für Jung und Alt, für die Familien geben.

Der Tag wird sich in 3 Schwerpunkte gliedern:

Geschichtswerkstatt ab 11.00 Uhr (offizielle Eröffnung) bis ca. 13.30 Uhr im Haus der Begegnung und Rathausplatz **Familienfest** ab 14.00 Uhr bis ca. 18.30 Uhr an der Marktecke / Gartenstraße / Lindenplatz mit Bühnenprogramm und „interkulturellem Suppenfest“ **Konzert** ab ca. 18.30 Uhr bis 21.00 Uhr auf der Bühne am Lindenplatz **Wir laden alle demokratische Akteure, Organisationen, Vereine, Schulen und Privatpersonen ein, diesen Tag mitzugestalten. Bitte melde Sie sich über das Anmeldeformular mit Ihrem Beitrag bis zum 26.03.2012 an. Gerne stehen wir bei Fragen und Anregungen zur Verfügung.**

Mit freundlichen Grüßen Dr. Volker Mueller (Humanistischer Freidenkerbund Havelland e.V.) Anke Bienwald (Mikado e.V.)

KER-Sprecher würdigt Arbeit der Förderschulen

Veröffentlicht am 23.03.2012 durch Redaktion

In einem Leserbrief hat Burkhard Meyer zu Natrup, Sprecher des Kreiselterrates HVL, die Arbeit der Förderschulen im Kreis HVL gewürdigt. Dabei nimmt er Bezug auf die letzte Sitzung des KER, zu der die Leiterin der Förderschule für geistige Entwicklung in Markee eingeladen war.

Hier sein Leserbrief, der am 22. 3. unter dem Motto “Wir brauchen Sie” in der MAZ veröffentlicht wurde.

“Auf der Sitzung am 14.2.2012 des Kreiselterrates haben sich zwei Förderschulen aus dem Landkreis Havelland vorgestellt.

Sehr anschaulich und kompetent stellten die Leiterinnen der Förderschule Markee mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ und der Förderschule Rathenow mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ ihre Förderschulen vor und erläuterten die Besonderheit ihrer pädagogischen Arbeit. Sie betonten, dass in kleinen Klassen (11-13 Schüler) eine sehr individuelle Förderung eines jeden einzelnen Kindes erfolgt, damit dieses bestmögliche Lernerfolge erzielen kann. Durch die spezielle sonderpädagogische Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer kann eine an den Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientierte Arbeit erfolgen, wie dies an einer Regelschule im Allgemeinen nicht möglich ist. Die Leiterin der Allgemeinen Förderschule in Rathenow führte aus, dass alleine im letzten Schuljahr 28 Schülerinnen und Schüler aus den Regelschulen an ihre Schule geschickt wurden, da diese

Kinder dort nicht mehr adäquat beschult werden konnten bzw. die Eltern der Auffassung waren, dass ihre Kinder in der Förderschule individueller betreut werden würden.

Ferner wiesen die Schulleiterinnen darauf hin, dass ein Schwerpunkt der Arbeit in den Förderschulen die Vorbereitung auf das spätere eigenständige Leben ist. Die Schülerinnen und Schüler lernen sehr praxisorientiert und durch die enge Kooperation mit einer Vielzahl Partnern unter anderem von Wirtschaftsbetrieben der Region besteht auch die gute Chance auf die Erlangung eines späteren Ausbildungsplatzes.

In der anschließenden Diskussion zeigte sich, dass es noch viele Informationsdefizite zu den Themen Förderschulen und Inklusion gibt. Die Leiterin der Allgemeinen Förderschule in Rathenow betonte, dass sie Inklusion dann für sinnvoll hält, wenn die Bedingungen stimmen. Davon konnte sie sich beispielweise in Rendsburg überzeugen.

Der Kreiselternrat begrüßt es, wenn die Bedingungen für Integration und Inklusion an den Regelschulen verbessert werden. Darüber hinaus sind die Förderschulen im Havelland ein wichtiger Bestandteil in der Schullandschaft.”

Schenkenland: gemeinsam von Stufe 1-10

Veröffentlicht am 23.03.2012 durch Redaktion

Die Elternsprecher der Grund- und Oberschule Schenkenland in Groß Köris sind vom Konzept des gemeinsamen Lernens von Stufe 1 bis 10 überzeugt. Hier stellen Sie ihre Schule vor:

“Die Besonderheiten und Vorteile einer Grund- und Oberschule

-die Grund- und Oberschule Schenkenland in Groß Köris, in der dieses Konzept gelebt wird und wunderbar funktioniert -

Unsere Schule ist eine der wenigen Grund- und Oberschulen in unserem Land Brandenburg. Die Frage der Zusammenarbeit stellt sich nicht wirklich, da wir uns als eine Einheit sehen. Die Lehrer- und Elternarbeit erfolgt für alle Klassen von 1-10 in gleichem Maße.

Die Kinder profitieren davon, dass Groß und Klein gemeinsam unter einem Dach unterrichtet werden. Soziale Kompetenzen werden von den Schülern abverlangt. **Hier steht und lebt eine Schule, in der die Großen und die Kleinen, leistungsstarke und förderbedürftige, benachteiligte und gesunde Schüler zusammen lernen.** Die Welt ist bunt und besteht aus vielen verschiedenen Menschen. Wir können alle voneinander lernen und profitieren. Deshalb inkludiert unsere Schule bereits seit vielen Jahren auch Kinder, die auf dem ersten Blick anders sind, führt aber gleichzeitig eine hervorragende Bestenförderung durch und beschult alle Kinder in einem Hause. Gemeinsames Lernen bedeutet, dass die Kinder soziale Kompetenzen verstehen und leben, dass sie Respekt vor jedem Mitmenschen erlangen, dass sie nach „oben“ auf Vorbilder schauen und abgucken oder neben sich blicken und Rücksicht nehmen...

Besonders vorteilhaft ist es aber für Kinder mit Benachteiligungen (wie Down Syndrom, Autismus, Lernschwäche usw.). Sie werden an unserer Schule direkt in 10 Jahren an einem Ort betreut, ohne wechseln zu müssen. Zum Beispiel lernt bei uns ein Mädchen mit Trisomie 21 und hat für Mathematik eine Lehrerin an Ihrer Seite, die sie bis zum 10.Schuljahr in diesem Fach begleiten soll. (...und man sollte es nicht glauben, die „Großen“ finden unsere Mathilde tatsächlich echt niedlich J und das mit Down Syndrom). Also gemeinsame Beschulung hat wirklich viele Vorteile.

Ängste, dass zum Beispiel 16 jährige Schüler den kleinen Erstklässlern Gewalt zufügen könnten, sind eindeutig auszuräumen. Das Interessenfeld der Altersgruppen ist so unterschiedlich, dass den älteren Schülern eher noch die Schutzbedürftigkeit der Kleinen ins Auge fällt. Das Konfliktpotenzial besteht dann doch mehr an anderen Schulen zwischen den Kindern der 1. bis 6. Klasse.

Die Schüler haben getrennte Pausenhöfe (Klasse 1-5 / Klassen 6-10) und die Unterrichtsräume der Klassen 1-3 befinden sich auf einer eigenen Etage.

Aufgrund der Verbindung einer Grund- mit einer Oberschule werden die Grundschüler sehr schnell an ein höheres Maß an Selbständigkeit und Organisation herangeführt. Die Grundschüler haben zwar einen Klassenraum führen aber bereits ab der 4 Klasse Wechsel von Unterrichts-/ Fachräumen durch, so dass sie auch in richtigen Fachkabinetten unterrichtet werden und zusätzlich lernen, sich zu orientieren- so wie es später an weiterführenden Schulen selbstverständlich ist.

Für die **Elternarbeit** ist in eine Grund- und Oberschule auch super, da man mit den Jahren ein wirklich eingespieltes Team wird, sich die Bälle schon zuwerfen kann und dadurch sehr viel erreicht. Außerdem werden die neuen Eltern immer gleich von den „alten“ Eltern „geschult“ und in die Rechte eingewiesen, so dass alle ganz schnell tatsächlich in der Materie stecken und Kenntnis über das Schulgesetz erlangen.

Nach anfänglichen Bedenken, ist unsere Schulleitung mittlerweile total froh über unsere Aktivitäten, da die Schule unheimlich von der konstruktiven Kritik profitiert. Schließlich geht es ja um das gemeinsame Ziel einer guten Bildung unserer Kinder und vernünftige Kritik bringt alle weiter. Durch die herausragende Transparenz unserer Schulleitung sind wir Elternvertreter nunmehr immer aktuell über Schulgeschehnisse informiert. Der Vorteil hier ist aber auch, dass wir uns durch die Kenntnisse über Schulinterna auch sehr gut in anderen Gremien und für den Erhalt des Grundschulstandortes einsetzen können. Die Möglichkeit der Hospitation der Eltern ist durch die Schulleitung tatsächlich gegeben, so dass sich die Elternvertreter ein reelles Bild zum integrativen Unterricht machen können. Zusätzlich gibt uns die Schulleitung auf der Schulwebsite die Möglichkeit auf einer „Eltern für Eltern“-Seite unzensuriert zu informieren.

Wirtschaftlich gesehen ist eine Schule dieses Konzepts natürlich aufgrund der fixen Aufwendungen kostengünstiger als zwei räumlich getrennte Grund- und Oberschulen. Durch die **Lehrerverzahnung** kann man das Ausfallproblem besser in den Griff bekommen. Soziale Kompetenzen werden bei den Schülern besser vermittelt. Die Schüler müssen die Schule gar nicht erst wechseln und können 10 Jahre an einem Ort lernen. Außerdem haben die Grundschüler unter anderem Englisch- und Nawiunterricht bei Oberstufenlehrern, so dass auch sehr gute Voraussetzungen für die eventuelle gymnasiale Weiterführung / Sek I geschaffen werden.

Hier ein ausführlicher Bericht aus der Arbeit unserer gesamten Schule:

Die Freude am Lernen und Lehren führt zu Leistung, Gemeinschaftssinn und Verantwortung.

Wir sind eine Schule, in der die Großen und die Kleinen gewaltfrei miteinander und voneinander lernen. Unser Leitbild „**FAUSTLOS**“, das wir gemeinsam mit der gesamten Schulgemeinschaft entwickelt und mit Leben erfüllt haben, ist der Kern unseres Schulprogramms und die Grundlage der erfolgreichen Arbeit an unserer Schule:

Freude am Leben Wir wollen erfolgreich lernen und die eigenen Stärken entdecken und durch differenzierte Förderung und Forderung die Individualität der Kinder und Jugendlichen entwickeln.

Wir wollen Freiräume geben und sie an Normen gewöhnen. Wir wollen dabei keinen zurücklassen.

Anlaufstelle für Eltern und Erzieher Wir arbeiten kontinuierlich mit den Eltern und Erziehern zusammen und nutzen gemeinsam alle schulischen Gremien und gesellschaftlichen Einrichtungen für eine optimale Bildung und Erziehung.

Unterrichtsgestaltung Der Unterricht steht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Jedes Kind lernt entsprechend seiner individuellen Fähigkeiten. Unterrichtsinhalte vermitteln wir lebensnah und praxisbezogen, um Freude am gemeinsamen Lernen zu entwickeln.

Sozial-emotionale Kompetenz Bereits im Grundschulalter thematisieren wir den freundlichen und respektvollen Umgang aller miteinander. Unsere Kinder lernen und erleben das gewaltfreie Lösen von Konflikten.

Toleranz schaffen Durch die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen fördern wir die gegenseitige Akzeptanz und Toleranz. Darüber hinaus wollen wir ein hohes Maß an Demokratieverständnis entwickeln.

Lebensort Schule Wir unterstützen die Schüler bei der Bewältigung ihrer gegenwärtigen Alltagssituationen und bereiten sie durch die Entwicklung und Förderung der Selbstkompetenz auf eigenverantwortliche Lebensgestaltung vor.

Oberschule mit Grundschulteil Wir nutzen die Vorteile unserer Schulform in der Grund- und Oberschüler gemeinsam lernen und leben. Ältere Schüler sind Vorbilder und übernehmen Verantwortung durch die partnerschaftliche Begleitung unserer Jüngsten. Der schulstufenübergreifende Fachlehreinsatz sichert eine hohe Qualität des Fachunterrichts und führt zu einer Verflechtung, die für den Übergang in die Sekundarstufe I sehr förderlich ist.

Schulverweigerern eine Chance geben Schüler, die die Freude am Lernen verloren haben, arbeiten in unserem Schulprojekt, werden schrittweise in den Schulalltag reintegriert und gewinnen dadurch eine neue Lebensperspektive.

Regelmäßige Lernstandanalysen für jeden Schüler, Informationen und Beratungen der Eltern über den Lern-, Leistungs- und Entwicklungsstand ihres Kindes, die Arbeit mit **individuellen Lernprogrammen**, die Bildung von Lerngruppen durch Zweitlehrereinsatz, die Förderung

besonders begabter Schülerinnen und Schüler und die individuelle und gruppenbasierte sonderpädagogische Förderung, kennzeichnen unsere pädagogischen Zielsetzungen.

Unsere Schule blickt auf fast 20 Jahre erfolgreicher Arbeit bei der Integration von lern- und verhaltensbeeinträchtigten Schülern zurück. Auch Kinder und Jugendliche mit geistigen Beeinträchtigungen wurden und werden in unseren Unterricht integriert und erleben mit allen gemeinsam den Schulalltag. Für alle, die an unserer Schule lernen und arbeiten, hat gerade dieses „Anders-Sein“ positive und anregende Folgen, da von Anfang an die Unterschiedlichkeit zwischen den Schülern akzeptiert und berücksichtigt wird.

Wir sind seit langem auf dem Weg zur inklusiven Schule, einer Schule für alle Kinder, einer Schule, die das reale Bild der Gesellschaft in seiner gesamten Bandbreite widerspiegelt.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass eine solche Schule realisierbar ist, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür gegeben sind, wenn personelle und materielle Ressourcen im notwendigen Umfang zur Verfügung stehen.

So arbeiten im **Schulverweigerer – Projekt**, in dem maximal 20 Schülerinnen und Schüler in drei altersspezifischen Gruppen unterrichtet werden, Lehrerinnen und Lehrer aus dem Regelschulbereich mit insgesamt 60 Stunden, 3 SozialpädagogInnen (finanziert durch das Kinder- und Jugenddorf Groß Körös Rankenheim) und eine Psychologin (finanziert durch das Kinder- und Jugenddorf). Auf dieser Basis ist eine erfolgreiche Arbeit möglich. Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, dem Kinder- und Jugenddorf Groß Körös, dieses Projekt für schulverweigernde Jugendliche weiterentwickelt, das landesweit sehr große Anerkennung findet und Jugendlichen, die im Regelschulsystem keine Chancen mehr haben über eine sozialpädagogisch begleitete und von den Lehrkräften unserer Schule gestaltete Zwischenstufe die Reintegration und damit sogar die Erreichung regulärer Schulabschlüsse ermöglicht. Dabei müssen wir von sehr unterschiedlichen Voraussetzungen ausgehend, für jeden Schüler und für jede Schülerin einen eigenen, spezifischen Weg gehen, um erfolgreich zu sein, um diesen Jugendlichen wieder eine Motivation zu geben, ihnen ihr Selbstwertgefühl zurückzugeben. Wir gehen diesen sehr schwierigen Weg, der schließlich zur sozialpädagogisch begleiteten Reintegration führt, weil er nicht in einer „pädagogischen Sackgasse“ endet, sondern den Jugendlichen eine sehr viel bessere Lebensperspektive eröffnet.

Gemeinsam mit Schülern, Klassen- und Fachlehrerinnen, Schulsozialarbeiterin und den Eltern werden in der ersten Schulwoche – der Kennlernwoche- der jeweils neuen 7. Klassen im Rahmen vielfältiger gemeinsamer Aktivitäten die Grundlagen für eine erfolgreiche Unterrichtsarbeit gelegt.

Darauf aufbauend wird im LER-Unterricht, beginnend mit Jahrgangsstufe 7, gemeinsam mit der Schulsozialarbeiterin weiter an der Entwicklung des Miteinanders und der Erstellung von Handlungsorientierungen gearbeitet. Dabei wird das „Faustlos“-Projekt aus dem Grundschulbereich im Sinne der **gewaltfreien Kommunikation** (nach Marshall B. Rosenberg) weitergeführt. Zu Beginn des zweiten Halbjahrs der Jahrgangsstufe 7 arbeiten die Schülerinnen und Schüler dann unter Anleitung erfahrener Trainer und in Zusammenarbeit mit den Klassenlehrerinnen und der Schulsozialarbeiterin im Rahmen einer Projektwoche weiter an der Entwicklung ihrer sozialen Kompetenzen.

In diesem Kontext werden dann auch **StreitschlichterInnen** ausgebildet und auf ihre Tätigkeit vorbereitet.

In diesem Schuljahr kam das Projekt „**Schulbusbegleiter**“ hinzu, das vom Landkreis, der Polizei, dem Jugendamt und unserem Kooperationspartner, der Johanniter-Unfallhilfe gefördert wird. Fast alle Schüler unserer Schule nutzen die öffentlichen Verkehrsmittel. Die SchülerInnen dieses Projektes erhielten eine theoretische und praktische Ausbildung in Gewaltprävention, Streitschlichtung, Erste Hilfe, Deeskalation und Notwehr um als Schulbusbegleiter tätig sein zu können. Somit erfolgt wieder das positive Zusammenspiel zwischen groß und klein.

Praxislernen in vielfältigen Formen und ein breites Spektrum, an schon zur schulischen Tradition gewordenen Unterstützungsprojekten zur **Berufsorientierung** gehören ebenso zum Profil unserer Schule.

Schülerbetriebspraktika in den Jahrgangsstufen 9 und 10, die jährliche Projektwoche „Bewerbertraining“ für die Klassen der Jahrgangsstufe 9 gehören zu diesem Unterstützungssystem, wie auch das seit dem Schuljahr 2009/2010 gemeinsam mit dem Technologie- und Bildungszentrum Königs Wusterhausen durchgeführte und vom Bundesbildungsministerium geförderte Pilotprojekt zur Berufsorientierung. Auf der Grundlage einer Potenzialanalyse für jeden einzelnen Schüler können sich die Jugendlichen der Jahrgangsstufe 8 in dem jeweils für sie geeignetsten Berufsfeld im Rahmen eines 80-Stunden-Programms ausprobieren. Seit dem vergangenen Schuljahr bieten wir unseren Schülern darüber hinaus das Projekt „Berufseinstiegsbegleitung“ der Bundesagentur für Arbeit an, das sich besonders an Jugendliche wendet, die Schwierigkeiten im schulischen Bereich und bei der Berufswahl haben.

Die **IOS-Projekte**, die unsere Schule landesweit bekannt gemacht haben, haben in den letzten Schuljahren entscheidend zur Weiterentwicklung unserer Schulkultur beigetragen.

Sie sind für uns eine Erfolgsgeschichte, was man sowohl an den in diesem Rahmen entstandenen Arbeitsergebnissen (z. Bsp. Schulbühne, Kletterspinne u.v.a.), vor allem aber an der damit verbundenen Weiterentwicklung unserer Schülerinnen und Schüler erkennen kann. Wir haben es für unsere Schüler geschafft, die größte Anzahl von Projekten im Land Brandenburg zu realisieren!

Hier wäre aber noch erwähnenswert, dass die Oberschüler zum Beispiel mit dem Bau einer Kletterspinne gleichzeitig für die Grundschüler den Schulhof der Kleinen umgestaltet und verschönert haben. Die Oberschüler konnten handfeste Arbeitsergebnisse realisieren und gleichzeitig profitierten die Grundschüler davon, dass ihr Schulhof für die Hofpausen reizvoller wurde.

Bereits zweimal war unsere Schule in der Vergangenheit Gastgeber des IOS-Jahrestreffens und auch in diesem Schuljahr sind wir es erneut!

Unsere Schülerinnen und Schüler erreichten sowohl beim Übergang in die Sekundarstufe I als auch bei den Abschlüssen nach Jahrgangsstufe 10 Ergebnisse, auf die wir sehr stolz sind.

Dazu zählen ausdrücklich auch die Ergebnisse, die Schülerinnen und Schüler aus unserem Schulprojekt erreichten, auch wenn es „nur“ Hauptschulabschlüsse sind, was aber bei Schülerinnen und Schülern, die zum Teil jahrelang nicht mehr zur Schule gegangen sind, ein Riesenerfolg ist.

Wir haben nach intensiver Vorbereitung in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt und unserem Schulträger in diesem Schuljahr zum zweiten Mal ein Kind(Mathilde) mit dem Down-Syndrom eingeschult.

Dabei kamen uns auch unsere Erfahrungen mit einem Jungen zugute, der ebenfalls unter dem Down-Syndrom litt, den wir bis zum Abschluss der 10.Klasse geführt haben und der jetzt erfolgreich in das Arbeitsleben integriert ist.

Wir wollen alle erreichen, die Schwachen und die Starken, die Leisen und die Lauten, die Höflichen und die Respektlosen, die Sanften und die Aggressiven, die Kooperativen und die Ablehnenden, die Lustigen und die Traurigen, die Lernwilligen und die Faulen, die Interessierten und die Null-Bock-Schüler, aber :

Wir müssen abwägen, wir müssen uns immer wieder neu entscheiden, wir müssen Kompromisse eingehen und wir müssen gemeinsam handeln. Wir haben dabei aber auch erkannt, dass es unsere Aufgabe ist auch schon einmal loszulassen, denn wir können nicht immer alle erreichen, auch wenn wir es uns wünschen ... Und auch das ist ein Zeichen unserer Stärke!

Wir gestalten Schule individuell für alle Schülerinnen und Schüler, das heißt im binnendifferenzierten Unterricht, entsprechend dem jeweiligen Lerntempo, dem persönlichen Leistungsniveau und der Belastbarkeit sowie der Begabungen und Neigungen.

Wir orientieren uns in unserer pädagogischen Arbeit an den zehn Merkmalen guten Unterrichts (nach Hilbert Meyer).

Die Arbeit im Team ist für die Lehrerinnen und Lehrer an unserer Schule in dem Maße zur Selbstverständlichkeit geworden, wie die Erkenntnis wuchs, dass **Teamarbeit der Schlüssel für die Lösung** vieler Probleme ist.

Fortbildungen des **gesamten Kollegiums** und die individuelle Teilnahme an fachbezogenen Fortbildungsveranstaltungen haben deshalb an unserer Schule eine hohe Priorität.

Seit 1997 wird in jedem Schuljahr eine mehrtägige Fortbildungsveranstaltung im Kollegium durchgeführt, die jeweils mit den Schwerpunkten unserer pädagogischen Arbeit im Zusammenhang steht und gemeinsames und zielgerichtetes Handeln fördern soll.

In den letzten Jahren standen unter anderem die Arbeit im gemeinsamen Unterricht, die gewaltfreie Kommunikation, die Unterrichtsarbeit im Schulprojekt, Konfliktlösungsstrategien im Umgang mit verhaltensauffälligen Schülern, die Teamentwicklung im Kollegium und die Gestaltung einer inklusiven Schule auf der Tagesordnung.

Dabei werden auch unsere Kooperationspartner einbezogen, um so eine möglichst effektive Vernetzung zu erreichen. Eine Trennung des Kollegiums zwischen Grund- und Oberschule besteht nicht. Wir sehen die Schule als Einheit und das gesamte Kollegium als Team.

Wir sind auf dem Weg zur inklusiven Schule. Wir glauben, dass unsere Schulform dafür prädestiniert ist, einen solchen Weg zu gehen.

Wir wissen, dass es ein steiniger Weg sein wird, aber wir vertrauen auf unsere Erfahrungen und auf die Unterstützung unserer Schulgemeinschaft.

Wir halten es mit Mahatma Ghandi, der sagte:

„Zuerst ignorieren sie dich, dann lachen sie über dich, dann bekämpfen sie dich und dann gewinnst du.“ „

Kantschule F’see: doch mehr Barrierefreiheit?

Veröffentlicht am 25.03.2012 durch Redaktion

Nach einer Meldung des Brandenburger Wochenblattes werden SPD und CDU eine Machbarkeitsstudie beantragen, die die weitere Barrierefreiheit prüfen soll. [BraWo-Meldung hier.](#)

Noch vor zwei Wochen hatten SPD und CDU einen Antrag von Grüne/ABÜ, der das selbe Ziel hatte, mit ihrer Stimmenmehrheit abgelehnt. [Bericht hier.](#)

Schülerzuwachs in Nauen: erst im Mai wird öffentlich beraten

Veröffentlicht am 27.03.2012 durch Redaktion

Wie schon berichtet, sind steigende Schülerzahlen in Nauen zu erwarten. Das wurde schon kontrovers im Rahmen des neuen Schulentwicklungsplanes diskutiert. Die politisch Verantwortlichen haben sich erst einmal zurückgezogen und veranstalteten im Oktober einen nichtöffentlichen Runden Tisch. Auf einer Veranstaltung von B90/Die Grünen im Februar gab der Vorsitzende des Bildungsausschusses bekannt, dass die stark nachgefragte Arco-Schule durch den Umzug des OSZ mehr Platz erhält.

[Hier ein Artikel aus der MAZ vom 27.3.2012](#)

[Zahlen und Fakten hier](#)

[Veranstaltung von B90/Grüne](#)

[Stellungnahme von Raimond Heydt \(Piraten\)](#)

Landrat: Schulen müssen sich an Busfahrplan anpassen

Veröffentlicht am 28.03.2012 durch Redaktion

Die Arbeitsgruppe Schülerbeförderung im Kreiselternrat hat inzwischen über 700 Berichte von Eltern zum Busverkehr erhalten.

Im Vorfeld der Kreistagssitzung am Montag hat Landrat Schröder der MAZ erklärt, dass Havelbus nicht mehr Fahrzeuge einsetzen kann. Auch Fahrplanänderungen würden keine Besserung ergeben. Eine Lösung könne nur die Änderung der Anfangszeiten der Schulen bringen.

Herr Schönberg, Elternsprecher und Mitglied der AG Schülerbeförderung, wird zusammen mit anderen Eltern dem Kreistag am 26.3.2012 um 16:15 einige Tatsachen vortragen, Ort Kulturhaus Rathenow.

Schulinspektion in Berlin: 2. Runde

Veröffentlicht am 28.03.2012 durch Redaktion

Der "Schul-TÜV" geht nun in die zweite Runde, nachdem in den letzten 5 Jahren alle staatlichen Schulen inspiziert wurden. Für die Schulen wird es jetzt ernst: die Berichte werden vier Monate nach der Inspektion im Netz veröffentlicht. Die Schule kann den Bericht kommentieren und gegebenenfalls Maßnahmen vorstellen.

[Bericht Tagesspiegel](#)

Schulaufsichtsreform überzeugt Elternrat nicht

Veröffentlicht am 28.03.2012 durch Redaktion

- Reduzierung der Staatlichen Schulämter von 6 auf 4,
- Schaffung einer neuen Landesschulagentur,
- Reduzierung der Schulaufsicht von 300 auf 260 Mitarbeiter
- Beibehaltung der 52 Stellen für Schulräte

das sind die zentralen Punkte der Schulaufsichtsreform, die das Bildungsministerium gestern vorgestellt hat.

Unklar ist noch, welche Aufgaben die neue Behörde haben wird. Personalmanagement für die Mitarbeiter der Schulämter und Reiskostenabrechnung wurden bisher genannt.

Die Schulräte sollen weiterhin beraten und Lehrkräftefortbildung organisieren. Ob die Schulräte auch wie bisher für die Einstellung der Lehrkräfte zuständig sind, ist noch offen.

[PM der Ministerin](#)

[Vereinbarung mit der GEW zur Weiterbeschäftigung](#)

[siehe Position des Landeselternrates](#) veröffentlicht in der MAZ am 3.4., S.11

[Bericht pnn](#)

[Bericht MAZ](#)

[Kommentar MAZ](#)

[Protest aus LDS](#)

[Kommentar MAZ zu LDS](#)

[zu Wünsdorf](#)

[Kommentar zu Wünsdorf](#)

Elterndemo am 12.Mai

Veröffentlicht am 31.03.2012 durch Redaktion

Mit einer Kundgebung unter dem Motto "Bildung geht baden" hatte am 18. Juni 2011 eine Elterninitiative in der Öffentlichkeit für mehr Bildungsressourcen geworben. Zusammen mit anderen Aktionen konnte die Landesregierung zur Einstellung von mehr Lehrkräften bewegt werden.

Mehr Infos dazu: <http://www.bildungsverteiler.de/2011/06/neue-elterninitiative-aus-potsdam/>

Aus der Elterninitiative ist inzwischen (wie damals geplant) ein "Bildungsbündnis" entstanden, das am 12. Mai eine **Demo/Kundgebung** unter dem Motto "**Bildung darf nicht ausfallen!**" veranstaltet (siehe unten). Das Bildungsbündnis ist nicht bildungsideologisch aufgestellt, sondern fordert mit Nachdruck mehr Ressourcen für die Bildung.

Das Bildungsbündnis wendet sich in der Aufbauphase an Organisationen und Personen und freut sich über Unterstützung.

Kontakt: bildungsbuendnis@gmx.de

Zentralabi: In BRB weniger Vorbereitung!

Veröffentlicht am 31.03.2012 durch Redaktion

Ab 2014 sollen Brandenburger und Berliner Abiturienten im Zentralabi gleich schwere Aufgaben erhalten. Herr Rußbült, Vater des Lise Meitner Gymnasiums Falkensee, weist darauf hin, dass aber die unterrichtlichen Voraussetzungen durchaus ungleich sind: „In der kommenden Oberstufe belegt meine Tochter fünf Leistungskurse á 5 Stunden und sechs weitere Grundkursfächer á 2 Stunden. Mit dieser Aufteilung sind die KMK-Bedingungen hinsichtlich der Stundenbelegung für die 12-jährige Schulzeit mit dem Abschluss Abitur also sachrichtig erfüllt. Entgegen der Bedingungen in Berlin laufen allerdings die Leistungskurse in Brandenburg eine Stunde pro Woche weniger, das sind (im Übrigen ebenso wie in den Grundkursen) rund 120 Stunden pro Prüfungsfach weniger. Da meinem Kenntnisstand nach aber die Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg hinsichtlich der zentralen Prüfungsfächer (insbesondere der Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch) auch 2014 Bestand haben soll, stellt sich mir die Frage, in wieweit das Land Brandenburg daran gedacht hat, die Prüfungen in den Prüfungsfächern den neuen Rahmenbedingungen anzupassen, sprich eine eigene – notwendigerweise abgespeckte – Version der Zentralprüfungen zu organisieren. Es wäre meiner Meinung nach das Prinzip des Gleichheitsgrundsatzes bzw. der Chancengleichheit verletzt, sollten die Zentralprüfungen für beide Länder gleich gelten.“

Der Landeselternrat hat das Ministerium um Stellungnahme gebeten.

Pilotschulen Inklusion: GEW lenkt ein

Veröffentlicht am 3.04.2012 durch Redaktion

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Brandenburg hat in einem Beschluss des Landesvorstandes vom 31. März 2012 ihre Position zur Inklusion konkretisiert und „weiterentwickelt“. Von einer Verhinderungstrategie gegenüber den Pilotschulen Inklusion ist jetzt nicht mehr die Rede. Stattdessen wird die „Wahrung des Grundsatzes der Zustimmung der Lehrerkonferenzen“ betont. Die GEW war in die Kritik geraten, weil sie ihre Mitglieder aufgerufen hatte, in den Gremien gegen die Einrichtung von Pilotschulen zu stimmen. Auch viele GEW-Mitglieder konnten dem nicht folgen, da die Gewerkschaft traditionell für gemeinsames Lernen und Chancengleichheit steht. Voraussichtlich 70 Grundschulen stehen jetzt kurz vor der Genehmigung als Inklusions-Pilotschule.

Stattdessen fordert die GEW ein Bündel von Maßnahmen, die den Inklusionsprozess begleiten sollen. Damit befindet sie sich weitgehend im Einklang mit den Positionen des Landeselternrates. Die Forderung, dass Lehrkräfte mit sonderpädagogischer Qualifizierung keine Vertretungsreserve sind, war schon Gegenstand der Diskussion um die neue VV Unterrichtsorganisation.

Die Gewerkschaft weist aber auch darauf hin, dass Inklusion mehr ist als gemeinsames Lernen. Überwindung der Selektion und individualisiertes Lernen bedeute eine „grundlegende Veränderung des bestehenden Bildungssystems“. Experten und Praktiker hatten in der

Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass wir vor einem längeren pädagogischen Prozess stehen und Inklusion nicht bürokratisch eingeführt werden kann.

[Hier der Beschluss im Wortlaut](#)

Neue Diskussion um Schulstruktur

Veröffentlicht am 4.04.2012 durch Redaktion

Nach vorab veröffentlichten Zahlen zum Anwahlverhalten wird bestätigt, was aus Elternngremien schon länger zu hören war: Der Trend geht zur Gesamtschule.

Das hat eine neue bildungspolitische Debatte ausgelöst, wie die [MAZ heute \(4.4.2012\) auf der Titelseite](#) berichtet.

Inklusion im rbb 4.4.2012

Veröffentlicht am 5.04.2012 durch Redaktion

Der rbb-Bericht in "brandenburg aktuell" am 4.4.2012 begann mit einer Beschreibung des „umstrittenen“ Vorhabens und der „wahrscheinlich bisher schwersten“ Aufgabe von Frau Dr. Münch. Die Pilotschulen wurden erwähnt und die Förderbedarfe Lernen und Sprache genannt. In Szene gesetzt wurden geistig behinderte Kinder.

Aus der Pressekonferenz wurde Frau Dr. Münch mit Erläuterungen zur Inklusion und Aussagen zur Individualisierung gezeigt. Inklusion bedeute, dass jedes Kind entsprechend seinen Fähigkeiten und Begabungen gefördert würde.

Für die Opposition, die das Vorhaben kritisch sieht, sprach Marie Luise von Halem (B90/Grüne). Sie antwortete auf die Frage, ob die 100 Lehrkräfte, die für die Inklusionsschulen eingestellt würden, ausreichten. Die Lehrkräfte müssten umdenken und anders handeln, als sie jahrelang praktiziert hätten. „Das muss sehr sehr gut betreut werden, da sehe ich nicht ausreichend Ressourcen.“

Unterstützung gab es dagegen von den sonst so kritischen Eltern. Wolfgang Seelbach wurde als Sprecher des Landeselternrats zur Inklusion befragt:

„Wenn die Bedingungen dafür vorhanden sind und die Lehrer das entsprechend umsetzen können, ist das ein Gewinn für alle. Deswegen setzen wir uns klar für das Modell Inklusion ein, fordern allerdings, dass die entsprechenden Ressourcen geschaffen werden. Denn eins darf man nicht vergessen. Wenn ein behindertes Kind nicht richtig integriert – oder inkludiert – wird: Das führt zur Verwahrlosung.“

Inklusion in “brandenburg aktuell”

Veröffentlicht am 6.04.2012 durch Redaktion

Der rbb-Bericht in “brandenburg aktuell” am 4.4.2012 begann mit einer Beschreibung des „umstrittenen“ Vorhabens und der „wahrscheinlich bisher schwersten“ Aufgabe von Frau Dr. Münch. Die Pilotschulen wurden erwähnt und die Förderbedarfe Lernen und Sprache genannt. In Szene gesetzt wurden geistig behinderte Kinder.

Aus der Pressekonferenz wurde Frau Dr. Münch mit Erläuterungen zur Inklusion und Aussagen zur Individualisierung gezeigt. Inklusion bedeute, dass jedes Kind entsprechend seinen Fähigkeiten und Begabungen gefördert würde.

Marie Luise von Halem (B90/Grüne) antwortete auf die Frage, ob die 100 Lehrkräfte, die für die Inklusionsschulen eingestellt würden, ausreichten. Die Lehrkräfte müssten umdenken und anders handeln, als sie jahrelang praktiziert hätten. „Das muss sehr sehr gut betreut werden, da sehe ich nicht ausreichend Ressourcen.“

Danach wurde Wolfgang Seelbach als Sprecher des Landeselternrats zur Inklusion befragt: „Wenn die Bedingungen dafür vorhanden sind und die Lehrer das entsprechend umsetzen können, ist das ein Gewinn für alle. Deswegen setzen wir uns klar für das Modell Inklusion ein, fordern allerdings, dass die entsprechenden Ressourcen geschaffen werden. Denn eins darf man nicht vergessen. Wenn ein behindertes Kind nicht richtig integriert – oder inkludiert – wird: Das führt zur Verwahrlosung.“

2. Runde Englischcamps in den Ferien

Veröffentlicht am 14.04.2012 durch Redaktion

Eine Ursache für die teilweise schlechten Englischergebnisse in brandenburg liegt in der unzureichenden Ausbildung der Lehrkräfte. Das war schon Ende 2010 Thema einer

Diskussion in Elternräten und Medien. Jetzt steht nach einigem Hin und Her, in dem das Ministerium nicht gerade mit Sensibilität gegläntzt hat, die zweite Runde: Wie im letzten Jahr beteiligen sich 130 Lehrkräfte an einem 2-Wochen Intensivkurs in den Sommerferien.

[Artikel in der MOZ vom 14.4.12](#)

[Artikel in der MAZ vom 13.4.12](#)

[Zur Vorgeschichte Rupprecht im Dez. 2010](#)

Jusos pro Gemeinschaftsschule

Veröffentlicht am 18.04.2012 durch Redaktion

Jusos Brandenburg fordern längeres gemeinsames Lernen

- Gemeinschaftsschulen für inklusiven Unterricht unabdingbar

In der Forschung besteht die einhellige Meinung, dass ein gemeinsamer Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler gewinnbringend ist. Lernschwache Schülerinnen und Schüler werden von den Leistungsstarken motiviert und bestärkt, andersherum zeigen sich bei den Leistungsstarken sozial-emotionale Lernzuwächse.

Eltern, die Ihre Kinder auf der Gesamtschule anmelden scheinen ein gutes Gespür für die Bedürfnisse ihrer Kinder zu haben. Wenngleich der Weg des Kindes auf dem Gymnasium vorgezeichnet ist, besteht auf einer Gesamtschule die Möglichkeit einer „späteren Entscheidung“. Ein Wechsel nach Abschluss der 10. Klasse einer Oberschule auf eine weiterführende Schule stellt dagegen für Viele eine hohe Hürde dar.

Auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz vom 31.03. bis 01.04.12 in Werneuchen (Barnim) beschlossen die Jusos mit übergroßer Mehrheit, sich die Forderung nach einer Gemeinschaftsschule zu Eigen zu machen. „Besonders im Hinblick auf ein inklusives Bildungssystem dürfen wir nicht länger exklusive Schulformen zulassen. Das gilt sowohl für die Förderschulen, als auch für die Gymnasien. Natürlich soll es jedem Schüler freistehen, das Abitur zu absolvieren. Doch bis dahin gibt es keinen Grund, ein gemeinsames Lernen zu verhindern“, meint David Driese, der stellvertretende Landesvorsitzende der Jusos Brandenburg.

Ab dem Jahr 2015 sollen in Brandenburg alle Grundschulen mit inklusivem Unterricht beginnen. Folglich würden 2021 die ersten inklusiven Klassen auf die Gymnasien und Oberschulen aufgeteilt. „Es bedarf keines wissenschaftlichen Abschlusses in den Bildungswissenschaften um zu erkennen, dass die heutigen Förderschülerinnen und -schüler dann auf die Oberschule wechseln und welche Auswirkungen das für diese Schulform und die dort Lernenden hat“, so Driese weiter. Schon heute sind es vor allem die Oberschulen, die mit der Herausforderung inklusiven Unterrichts konfrontiert ist.

Die Jusos Brandenburg setzen sich deswegen für ein gemeinsames Lernen ohne Unterteilungen zwischen Grund- und Sekundarschulen sowie Ober-, Gesamtschulen und Gymnasien ein. Sie berufen sich dabei auf die Beschlusslage des SPD-Landesparteitages von 2007, wonach eine Gemeinschaftsschule von den Delegierten gefordert wurde. „Es gilt nun die geltende Beschlusslage

der Landes-SPD endlich umzusetzen und ein durchlässiges Bildungssystem ab der ersten Klasse zu schaffen“, meint Nico Ruhle, Landesvorsitzender der Jusos Brandenburg.

Pilotschulen jetzt offiziell

Veröffentlicht am 22.04.2012 durch Redaktion

[Pressemitteilung des MBS zu dem Ergebnis des Auswahlverfahrens
Liste der Pilotschulen Inklusion](#)

[Artikel in der MAZ](#)

SPD-Fachkonferenz ‘Brandenburg 2030’

Veröffentlicht am 22.04.2012 durch Redaktion

Bericht von der Fachkonferenz der SPD „Brandenburg2030 Zukunft von Bildung und Wissenschaft“

Die Bildungsministerin gab einige wichtige Impulse, die über das Thesenpapier hinausgehen: Kitas werden sich zu Bildungsstätten entwickeln.

Individuelle Förderung ist Bestandteil der Bildungsstätten, kein Sitzenbleiben mehr.

Gemeinschaftsschulen mit Ressourcen für Berufsvorbereitung und Vorbereitung zur Oberstufe, werden zur Verfügung stehen, bei maximal 25 SchülerInnen/Klasse.

Förderdiagnostik ist selbstverständlich, Unterrichtshelfer und Sozialpädagogen sind Teil der Schulen, die Eltern sind stärker eingebunden.

Regionale Bildungslandschaften schaffen Lernsituationen auch außerhalb der Schulen.

Im Workshop a) All inclusive – Eine Schule für alle wurde deutlich, dass das Vorhaben Inklusion ohne eine grundlegende Veränderung der Unterrichts- und Schulkultur nicht erfolgreich sein wird. Vor Ort ist die Situation sehr unterschiedlich. Es gibt Schulen, die sich schon auf den Weg gemacht haben, in denen bei Lehrer- und Elternschaft eine hohe Akzeptanz vorhanden ist. An anderen Schulen wird der Prozess von der Lehrerschaft blockiert und bei den Eltern steht die Angst im Vordergrund, dass die „normalen“ Kinder nicht mehr ausreichend beachtet werden. Das Konzept der Pilotschulen muss noch erweitert werden, insbesondere die Horte sind noch einzubeziehen. An der Diskussion beteiligten sich auch Petra Brückner, ehemalige langjährige Sprecherin des Landeselternrates (LER) und Wolfgang Seelbach, aktueller Landeselternsprecher.

Aus der Märkischen Oderzeitung vom 23.4.12:

“Münch will mit Fusionen möglichst alle Schulstandorte erhalten

Bernau (MOZ) Bildungsministerin Martina Münch (SPD) strebt die Bildung einer zehnjährigen Gemeinschaftsschule an. Das erklärte sie auf einem Fachkongress ihrer Partei zur Entwicklung Brandenburgs bis 2030. Ziel sei es, möglichst alle Schulstandorte trotz Schülerrückgang zu erhalten.

Um der nächsten demografischen Delle ab Mitte des Jahrzehnts begegnen und wohnortnahe Schulen erhalten zu können, müssten sich Schulen zusammenschließen, forderte die Ministerin. Nicht jede Grundschule brauche eine eigene Schulleitung. Außerdem müsse über jahrgangsübergreifenden Unterricht auch jenseits der vierten Klasse nachgedacht werden. Filial-Lösungen sollten auch im weiterführenden Bereich geprüft werden. Es werde künftig ihrer Ansicht nach nur noch eine Gemeinschaftsschule geben, an der man gegebenenfalls auch das Abitur ablegen kann, sowie Gymnasien. Aussagen, ob der Wechsel auf die Gymnasien auch weiterhin nach der sechsten Klasse oder – wie von der Linken gefordert – später erfolgen soll, machte sie nicht. Für die Erhaltung von Gymnasiumsstandorten sei die Entscheidung der Eltern ausschlaggebend, erklärte Münch.

Sie gehe davon aus, dass sich künftig die öffentlichen Schulen in kreislicher Trägerschaft befinden werden. Die Schulen sollten selbst über die Einstellung der Lehrkräfte entscheiden können und ein selbst zu verwaltes Fortbildungsbudget erhalten. Studien- und Berufsberatung hält Münch bereits ab der siebten Klasse für erforderlich. Neben Lehrern sei weiteres Personal wie Sozialpädagogen und Helfer an den Schulen erforderlich. Um das System Ganztagschule konsequent umzusetzen, müssten zudem die entsprechenden Arbeitsräume für Lehrer an den Schulen geschaffen werden.

Außerdem plädiert Münch dafür, die Kitas zu Bildungsstätten auszubauen. Dazu werde eine Hochschulausbildung für Erzieher benötigt. “Bis 2030 müsse sich der Personalschlüssel weiter verbessern”, sagte sie. Wann damit begonnen wird, ließ sie offen. Erst kürzlich hatte sie noch entsprechende Mehrausgaben bis zum Ende der Legislaturperiode 2014 abgelehnt. An den Ganztagschulen strebt Münch einen stärkeren Akzent auf kulturelle Bildung und ein Mehr an sportlichen Angeboten an.

Die Vorschläge im Bildungsbereich sollen nach einer Diskussion in verschiedenen SPD-Gremien im Herbst als Bestandteil eines Konzeptes Brandenburg 2030 auf einem Parteitag beschlossen werden.”

<http://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/1018236/>

Grundschule wird Stadtteilschule

Veröffentlicht am 4.05.2012 durch Redaktion

[Die Priesterwegschule mit erweitertem Konzept \(pnn\)](#)

Rettungsvorschläge für Förderschule F'see

Veröffentlicht am 4.05.2012 durch Redaktion

Während im westlichen Teil des Havellandes die Förderschulen Lernen sich über Zulauf nicht beklagen können, bevorzugen die Falkenseer Eltern seit Jahren eindeutig Regelklassen.

Der Förderschule Falkensee droht in den nächsten Jahren das Aus, denn die Schülerzahlen sind gering und sinken weiter. Bildungsdezernent Lewandowski macht Vorschläge, um der Schule noch eine Perspektive zu geben.

„Lewandowski spricht vom „Drei-Säulen-Modell“: Zur Säule Nr. 1, der Förderschule, könnte 2. ein Förder- und Beratungszentrum kommen, das für alle Schulen der Region als Konsultationspunkt aktiv würde und einen Ausbau der bestehenden Beratungsstelle bedeuten würde. Und als Säule Nr. 3 schwebt Roger Lewandowski vor, temporäre Lerngruppen anzubieten. Dort könnten jene Schüler aufgenommen werden, die im gemeinsamen Unterricht, aus welchen Gründen auch immer, gestrauchelt sind und eine Auszeit benötigen. „Wenn die Konflikte und die Lernrückstände aufgearbeitet sind, käme dann eine Rückkehr in ihre Schule infrage“, so Lewandowski.”

Artikel in der MAZ:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12321554/61759/Landkreis-will-Eltern-das-Wahlrecht-erhalten-Falkenseer-Haus.html>

Kommentar MAZ

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12321556/61759/>

Elterndemo für bessere Bildung

Veröffentlicht am 5.05.2012 durch Redaktion

Gut 300 Eltern demonstrierten am 12.5. in Potsdam gegen Unterrichtsausfall und für mehr Ressourcen für Bildung.

Weitere Informationen auf der Seite des Landeselternrates www.ler-brb.de

Hier der Aufruf des "Bildungsbündnis Potsdam"

"Das Bildungsbündnis Potsdam schloss sich im letzten Jahr aus Elternvertretern und Eltern zusammen, um die Lernbedingungen der Kinder zu verbessern. Dieses Jahr sind zahlreiche Unterstützer dazugekommen. Gemeinsam rufen wir zur Demonstration unter dem Motto „Bildung darf nicht ausfallen“ auf. Nach wie vor verzeichnen unsere Schulen im Land einen zu hohen Unterrichtsausfall. Die 3% Vertretungsreserve wird schon von dauerkranken Lehrern mehr als aufgebraucht. Die Kommunen haben nicht die Mittel und die Aufgabe, diese Lücke zu füllen. Die Zahl der neu eingestellten Lehrer wird auch in kommenden Jahren weit hinter der Zahl der in Pension gehenden Lehrer zurückbleiben. Das können und wollen wir nicht hinnehmen!

Unterstützer: Landeschülerrat Brandenburg, Landeselternrat Brandenburg, Kreiselternrat Potsdam, Elterninitiative "Kinder ohne Lehrer", Marie Luise von Halem, Bündnis 90/Die Grünen, CDU Brandenburg, FDP-Landtagsfraktion

Kontakt: Bettina Wissig, Sprecherin Bildungsbündnis Potsdam bildungsbuendnis@gmx.de "

Dementi zum Maßnahmenkatalog sexuelle Gewalt

Veröffentlicht am 15.05.2012 durch Redaktion

Missbrauchsbeauftragter der Bundesregierung hat keinen Maßnahmenkatalog zur Prävention von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche aufgestellt

Berlin, 15.05.2012. In den letzten Tagen wurde auf Grund einer Meldung in der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) vom 12.05.2012 („Keine Facebook-Kontakte zwischen Lehrern und Schülern“) bundesweit darüber berichtet, dass der **Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig**, einen konkreten Maßnahmenkatalog zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt erstellt habe, der jetzt Gegenstand von Vereinbarungen mit rund 20 Dachorganisationen sei.

Richtigstellung:

1. In den bereits geschlossenen Vereinbarungen zur Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ zwischen dem Unabhängigen Beauftragten und den Dachorganisationen verpflichteten sich die Unterzeichnenden, innerhalb ihrer jeweiligen Organisationsstruktur von der Bundesebene bis auf die konkrete Ebene vor Ort Verbindlichkeit für die Umsetzung und Anwendung von Schutzkonzepten herzustellen. Dazu bedarf es im

Hinblick auf die jeweils unterschiedlichen Organisationsstrukturen weiterer Entscheidungen und Beschlussfassungen der vielfältigen Untergliederungen der Dachorganisationen.

2. Die Vereinbarungen mit Dachorganisationen enthalten keinen konkreten Maßnahmenkatalog. Ziel der Vereinbarungen ist es, dass Einrichtungen vor Ort, unterstützt durch die Dachorganisationen, konkrete Maßnahmen (z.B. ein Verhaltenskodex, Risikoanalyse, Fortbildungen für die Fachkräfte oder ein Notfallplan bei Vorliegen eines Verdachts) selbst entwickeln und anwenden.

3. Die Dachorganisationen erklären außerdem ihre konkrete Unterstützung des Unabhängigen Beauftragten bei der Durchführung von zwei bundesweiten Befragungen zu Schutzkonzepten in Einrichtungen, die in den Jahren 2012 und 2013 durchführt werden sollen.

4. Der Unabhängige Beauftragte plädiert nicht für ein pauschales Facebook-Verbot zwischen Lehrern und Schülern. Im Hinblick auf die gebotene Trennung von privaten und dienstlichen Kontakten sollten Lehrer jedoch Freundschaftsanfragen von Ihnen anvertrauten jungen Menschen grundsätzlich ablehnen.

Erste Vereinbarungen wurden bereits mit dem DOSB, dem AWO Bundesverband e.V. und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband unterzeichnet. **Sie finden die Vereinbarungen unter www.beauftragter-missbrauch.de im Download-Bereich.**

Friederike Beck

Glinkastraße 24

10117 Berlin

Tel +49 (0)30 18 5 55 -1554 **Fax** +49 (0)30 18 5 55 -4 -1554

friederike.beck@ubskm.bund.de

www.beauftragte-missbrauch.de

“Oberschule hat ein strukturelles Problem”

Veröffentlicht am 15.05.2012 durch Redaktion

Frau Bachmann, Leiterin der Oberschule Falkensee, bringt es auf den Punkt: Trotz pädagogischer Höchstleistungen ist die Akzeptanz der Oberschule gering, “ein strukturelles Problem”.

Der Grund: Eltern wollen eine Schule, die neben berufsvorbereitender Kompetenz auch den studienbefähigenden Abschluss ausreichend vorbereitet. Denn es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass nach der Pubertät Fähigkeiten und Neigungen oft ganz anders aussehen.

[Hier das Interview mit der Schulleiterin in der MAZ](#)

Schülerzahlen in Brieselang stabil

Veröffentlicht am 22.05.2012 durch Redaktion

In Brieselang werden beide Grundschulen zum nächsten Schuljahr je zwei neue erste Klassen bilden. In den darauffolgenden Jahren rechnet die Kommune mit insgesamt fünf neuen Zügen.

Die Hans-Klakow-Oberschule erhält zusätzlich zu den 32 Erstwunsch-Schülern noch 40 weitere, die an Gymnasien und Gesamtschule nicht aufgenommen wurden. Damit werden 3 neue Klassen eingerichtet. (MAZ 22.5.S. 15)

[Kommentar in der MAZ](#)

Katholische Erzieher mahnen mehr Personal an

Veröffentlicht am 22.05.2012 durch Redaktion

In einer Pressemitteilung verweist die "Katholische Erziehergemeinschaft" KEG auf die mangelhafte Umsetzung der Vorhaben zur Kindertagesbetreuung:

„Rechtsanspruch auf Betreuungsplatz für Kinder schwer umsetzbar

Das Ausbauprogramm der Bundesregierung aus dem Jahr 2007, ab August 2013 ein Angebot der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung zu stellen, kommt viel zu langsam voran.

Wenn auch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder(CDU) jetzt ein Zehn Punkte-Programm zur Forcierung des Krippenausbaus vorlegen will, wird sie an der „Gretchenfrage“ nicht vorbeikommen: „Woher soll das nötige qualifizierte Fachpersonal herkommen?“, da mindestens 20 000 Erzieherinnen und Erzieher für dieses Projekt fehlen! – Leider ist sehr wenig passiert, um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen. Es wäre „naiv“ jetzt zu glauben, durch Umschulungshilfen für Erzieherinnen, die das Familienministerium beabsichtigt, das Personalproblem lösen zu können. Mehr qualifiziertes Personal muss her! Und der Bund muss sich an den dauerhaft steigenden Personalkosten beteiligen.

Darüberhinaus ist es unrealistisch, von den Fachschulen/-akademien für Sozialpädagogik höhere Kapazitäten von Absolventen bis 2013 erhalten zu können, da die Ausbildungsdauer drei bzw. fünf Jahre beträgt.

Schon 2008 hatten die Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands(KEG) und andere Berufs- und Fachverbände auf dieses Problem massiv hingewiesen und intensive und zielgerichtete Werbung für den Erzieherberuf gefordert, um die Zukunftsfähigkeit der Kindertageseinrichtungen zu garantieren. Dazu zählten auch langfristig anreizorientierte Maßnahmen im Hinblick auf eine deutlich höhere Vergütung der Erzieher/innen, um dadurch die gesellschaftliche Wertschätzung für frühkindliche Bildungseinrichtungen zu erhöhen und die Attraktivität des Arbeitsfeldes insgesamt zu verbessern.

Die KEG erwartet vom Familienministerium eine verlässliche Bedarfsanalyse der Betreuungsangebote und die sich daraus ergebenden benötigten Erzieherstellen unter Beteiligung der Länderminister und Vertreter der Kommunen – wie es auch die SPD fordert -, um dann gezielte Maßnahmen schnellstmöglich auf den Weg zu bringen, so z.B.

–Teilzeitverträge von Erzieher/innen auf Vollzeit aufstocken,

- befristete Verträge in unbefristete umwandeln,

- Personen, die bereits erzieherische Kompetenz erworben haben, als „Seiteneinsteiger“ qualifiziert für den Erzieherberuf werben,

- Schaffung von Stellen im Bereich Kinderbetreuung im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes,

-Tagespflegepersonen motivieren, als Praktikanten bzw. Hospitanten einen berufsqualifizierenden Abschluss als Erzieher/in zu erreichen,

- Absolventinnen und Absolventen des Freiwilligen und Ökologischen Sozialen Jahres gezielt in die pädagogische Arbeit von Kindertageseinrichtungen einbeziehen,

- in den Abschlussklassen der allgemeinbildenden Schulen und in den Job-Centern über den Erzieher/innenberuf qualifiziert informieren.

Für alle am Aktionsprogramm Kinderbetreuung Beteiligten gilt: „Wenn wir nicht schneller vorankommen, läuft uns die Zeit davon“.

V.i.s.d.P. Manfred Mahlstedt

Bundesbeauftragter der KEG

17.05.2012"

Förderschule Akazienhof wird 60!

Veröffentlicht am 30.05.2012 durch Redaktion

[Hier der ausführliche Bericht in der MAZ zur Geschichte der Schule](#)

Inklusion: CDU lenkt ein

Veröffentlicht am 8.06.2012 durch Redaktion

Auf einer Veranstaltung der CDU in Falkensee unter dem Motto „Inklusion Ja, aber richtig“ hat der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Gordon Hoffmann

frühere Positionen der CDU relativiert. Ausgehend von der christlichen Tradition forderte er, die "Trennung der Lebenswelten ein Stück weit aufbrechen" und gab ein klares Bekenntnis zu Inklusion und der entsprechenden Menschenrechtskonvention ab. Inklusion bedeute jedoch nicht, die Förderschulen administrativ abzuschaffen, sondern vorrangig sei das Elternwahlrecht. Die Landesregierung habe kürzlich bestätigt, dass "keiner gezwungen würde, an die Förderschule zu gehen".

Frühere Äußerungen gegen das Pilotschulkonzept wiederholte er nicht. Er begrüßte die Entscheidung der Landesregierung, die Evaluation auch von unabhängigen Wissenschaftlern durchzuführen. Allerdings habe er den Verdacht, dass die Begleitung nicht ergebnisoffen ablaufe.

Das Pilotschulkonzept wurde aus seiner Sicht von vielen Schulen abgelehnt, weil sie befürchteten, dass wie seinerzeit bei den Flexklassen die Personalmittel nach der Einführungsphase wieder gekürzt werden. Andere Schulen hätten sich ernsthaft für das Pilotschulkonzept entschieden. Aber es gebe auch Schulen, die wegen sinkender Schülerzahlen um ihre Existenz kämpfen und sich deshalb als Pilotschule beworben haben. Eine flächendeckende Ausweitung der Inklusion ab 2015 ist für Gordon Hoffmann zu früh: "Das Personal wird nicht reichen." Er bezweifelt auch das Finanzierungskonzept des Gutachtens von Professor Preuß-Lausitz. Das durch den Rückbau der Förderschulen frei werdende Geld würde nicht reichen, das werde teurer, auch deshalb müsse man sich mehr Zeit lassen.

Auf Nachfrage des Landeselternsprechers stellte er klar, dass er die Pilotschulen zur Inklusion weiterlaufen lassen würde, wenn die CDU an die Regierung käme. Jedoch solle der Evaluationszeitraum von 2 auf 6 Jahre plus einer Frist zur Auswertung der Ergebnisse verlängert werden. Er warb dafür, sich Zeit zu lassen. In Skandinavien und in Norditalien hätten ähnliche Prozesse 30 Jahre gedauert. Deshalb sei er gegen eine Abschaffung der Förderschulen, denn sie würden noch gebraucht. Zur Frage, ob er auch Zwerg-Förderschulen mit 40 und weniger Schülern weiterlaufen lasse oder stattdessen z.B. Kooperationsklassen in Grundschulen einrichten würde, nahm Herr Hoffmann keine Stellung.

Zur langfristigen Perspektive sagt er: "Schön wäre es, wenn Förderschulen durch die Qualität der Regelschulen überflüssig werden."

In der folgenden Diskussion berichtet ein Vater, dass er sehr zufrieden mit der Integration seines behinderten Kindes an einer Grundschule in Falkensee sei und dass es im Nachhinein richtig war, nicht nach Nauen an die Förderschule zu gehen.

Die Schulleiterin der Förderschule 'Lernen' in Rathenow stellt ermutigende Ergebnisse einiger Schüler, auch in Englisch, vor.

Die Vorsitzende des Fördervereins der Havellandschule in Markee für geistig Behinderte warb für ihre Schule, die bessere Bedingungen als die Grundschulen habe.

Die Leiterin und eine Lehrerin der Oberschule Falkensee weisen darauf hin, dass unter den gegebenen Bedingungen eine individuelle Förderung kaum möglich ist und Förderschulen zur Entlastung noch benötigt werden. Mit "einer Schule für alle", die von Stufe 1 bis 10 laufe und entsprechend ausgestattet sei, könne auch Inklusion besser gelingen.

Eine Lehrerin für geistig Behinderte drückte ihr Bedauern darüber aus, dass es an der Kantschule nicht gelungen sei, wenigstens einen Aufzug zu bauen und mahnte auch Maßnahmen für Sinnesbehinderte an.

Gerd Gunkel, Stadtverordneter aus Falkensee für B90/Grüne, sieht den Prozess der Inklusion auch eher langfristig, verweist aber auf die langjährigen positiven Erfahrungen damit.

Allerdings sollten wir uns "mehr Mischung", gemeinsames Lernen von Kindern mit unterschiedlichen Begabungen, zum Ziel setzen. Er hofft, dass für Inklusion und Binnendifferenzierung auch mehr Geld zur Verfügung gestellt wird.

Der Sprecher des Landeselternrates begrüßt das klare Bekenntnis von Gordon Hoffmann zur Inklusion. Der Landeselternrat habe sich für das Konzept der Pilotenschulen Inklusion eingesetzt, weil er sich damit eine Verbesserung der Unterrichtsqualität erhoffe. Allerdings sei die Ministerin mehrmals darauf angesprochen worden, das Konzept auf die weiterführenden Schulen und den Hortbereich auszuweiten. Es könne nicht sein, dass die Oberschule allein die Hauptlast der Inklusion tragen müsse.

Der ehemalige Leiter der Förderschule Falkensee betont die Bedeutung der Individualisierung und fordert eine gründliche Reform der Schule "von Grund auf".

Ein Mitglied der SPD-Behindertenvereinigung "selbst aktiv" stellt klar, dass trotz des Ziels der Inklusion der SPD-Landesvorstand keine Abschaffung aller Förderschulen wolle.

Frau Richstein, die den Abend moderiert, bedankt sich am Schluss bei allen für die unideologische Diskussion.

Fördervereinsvorsitzender Akazienhof mahnt Veränderung des Schulsystems an

Veröffentlicht am 24.06.2012 durch Redaktion

Hubert Kaufold engagiert sich ehrenamtlich für behinderte Kinder.

Er ist Fördervereinsvorsitzender der Akazienhofschule in Falkensee (Förderbedarf Lernen) und 2. Vorsitzender der Lebenshilfe. Im Interview mit der MAZ fordert er Veränderungen im Schulsystem, um bessere Inklusion zu gewährleisten.

[Hier der Text des Interviews](#)

Bildungsbericht: Eltern sollten vorlesen und Geschichten erzählen

Veröffentlicht am 24.06.2012 durch Redaktion

Der Bildungsbericht ist eine "von der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)" in Auftrag gegebene "umfassende aktuelle Bestandsaufnahme des deutschen Bildungswesens". <http://www.bildungsbericht.de/>

Einige Ergebnisse der Studie:

- Es gibt immer mehr Abiturienten und Studenten.
- Nach wie vor sind Kinder ohne häusliche Förderung deutlich benachteiligt.
- Sprachförderung insbesondere bei 3-6-jährigen ist verbesserungswürdig.

- Das Betreuungsgeld entzieht Gelder für dringend benötigte Investitionen.
- Kita-Besuch lohnt sich: besseres Lese- und Textverständnis, insbesondere wenn Eltern im Vorschulalter vorgelesen, Sprachspiele gemacht und Geschichten erzählt haben.
- Anteil junger Männer ohne beruflichen Abschluss erhöht sich.
- Der Anteil an Ungelernten und Schulabbrechern ist bei den Jüngeren höher als bei den älteren Menschen.
- Der Anteil der Kinder aus eingewanderten Familien nimmt deutlich zu.

[Link zum Bericht](#)

[Eine Zusammenfassung von Heike Schmoll in der FAZ](#)

[Hier eine Zusammenfassung der MAZ mit Brandenburger Daten](#)

BRB: Keine Vorsorge gegen Lehrermangel

Veröffentlicht am 3.08.2012 durch Redaktion

Das Bildungsministerium ist mit dem Vorhaben gescheitert, dem in den kommenden Jahren drohenden Mangel an Lehrkräften durch vorgezogene Einstellungen zu begegnen. Die aktuellen 450 Einstellungen decken nur den Bedarf ab, der durch Pensionierungen u.ä. entsteht. Ursprünglich war von 650 bzw. 550 neuen Stellen die Rede. Finanzminister Markov hat sich mit seinem Sparkurs vollständig durchgesetzt.

In Berlin führt die Neuberechnung der Stellenzuweisungen zu einem starken Rückgang an Förderstunden in Problembereichen. Die Zuweisungen erfolgen jetzt nicht mehr nach Klassen, sondern nach Schülerzahlen. Die kleinen Klassen in den sozialen Brennpunkten und in Schulen mit hohem Migrantenanteil sind nun durch Kürzungen von Förderstunden betroffen.

[Erklärung der Bildungsministerin Frau Dr. Münch](#)

[Bericht Tagesspiegel](#)

[Bericht über die größte und die kleinste Schule in der MAZ](#)

[Bericht pnn](#)

[Aktuelles zur Personalsituation im HVL](#)

Leserbrief zum Artikel „Ministerium: 450 neue Lehrer“ in der MAZ vom 2.8.2012

Die 450 neuen Lehrkräfte, die das Bildungsministerium einstellen will, sind nur eine Minimallösung. Sie decken gerade mal den nötigsten Bedarf ab, der durch das Ausscheiden von Lehrkräften aus dem Dienst entsteht. Angesichts der Tatsache, dass in den nächsten Jahren ein hoher Einstellungsbedarf von ca. 550 bis 750 Lehrkräften pro Jahr entsteht, wären vorgezogene Einstellungen nötig gewesen. In einigen Fächern sind Lehrkräfte schon jetzt kaum zu finden. Wenn keine Vorsorge gegen den Lehrermangel getroffen wird, werden Notlösungen mit Quereinsteigern, unterqualifiziertem und fachfremdem Lehrpersonal kaum zu vermeiden sein.

Das weiß auch die Bildungsministerin. Deshalb hat sie ursprünglich 550 bis 650 Neueinstellungen geplant und verkündet. Leider konnte sie sich in der Regierung damit nicht durchsetzen. Selbst ein Kompromiss war nicht möglich.

Auch die Hoffnung der Eltern, mit den vorgezogenen Einstellungen würde sich der Unterrichtsausfall reduzieren, wurde enttäuscht. Die Schulen werden weiterhin im Vertretungsfall Kinder nach Hause schicken, Klassen aufteilen und Sonderpädagogen als Vertretungslehrer einsetzen müssen. Das Ministerium wird weiterhin mit geschönten Zahlen von weniger als 2% Unterrichtsausfall reden. Ob da der 1. Schultag mitgerechnet wird? Nach Verkündung des Stundenplans war schon in vielen Schulen vor der ersten Pause Schluss. Unterricht? Fehlanzeige! Wie soll bei dieser knappen Personaldecke eine Neuausrichtung der Pädagogik hin zu mehr individueller Förderung gelingen?

Wolfgang Seelbach, Sprecher des Landesrates der Eltern Brandenburg

HVL: hohe Sprachstörungen bei Schuluntersuchungen festgestellt

Veröffentlicht am 3.08.2012 durch Redaktion

Mit 23% festgestellten Sprachstörungen liegt HVL deutlich über dem Landesdurchschnitt von 18%, so der Kreissozialdezernent Wolfgang Gall. Der Zusammenhang mit zu viel Computer- und Bildschirmfreizeit liege nahe. Hier sind nicht nur die Kitas, sondern auch die Eltern gefordert, die frühkindliche Förderung zu verbessern.

[Bericht in der MAZ](#)

Unterrichtsausfall: aktuelle Zahlen

Veröffentlicht am 19.09.2012 durch Redaktion

Wie jedes Jahr gibt auch dieses Mal die Statistik zum Unterrichtsausfall an Brandenburger Schulen Anlass zur Kritik. Stichprobenzählungen von Eltern kommen in der Regel zu weit höheren Zahlen als die offiziellen 1,7% Unterrichtsausfall. Auch die Lehrgewerkschaft GEW hat den Eindruck, dass die Statistik geschönt ist.

[Hier die Antwort auf eine Anfrage von Gordon Hoffmann \(CDU\)](#)

[Bericht in der MAZ](#)

Schulvisitation jetzt online

Veröffentlicht am 24.09.2012 durch Redaktion

Bisher wurde die Veröffentlichung des Visitationsberichtes den Schulen überlassen. Ab jetzt werden alle Berichte online gestellt. Siehe die Mitteilung des Ministeriums

<http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.308875.de>

Das Thema ist ein Schwerpunkt in "Brandenburg aktuell" vom 24.9.2012

Bildungsministerin Frau Dr. Münch betont in der Sendung, dass nicht einzelne Lehrkräfte, sondern die Schule insgesamt bewertet werde. Auf Nachfrage erklärte sie, dass ihr für eine Ausweitung der Visitation auf private Schulen das Personal fehle.

Marie Luise von Halem, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion B90/Grüne, verweist darauf, dass das Ministerium sowohl für die Qualität als auch die Kontrolle der Schulen zuständig ist. Sie fordert mehr unabhängige Visitationen, "von anderen Menschen, die kein Interesse daran haben, dass das System letztendlich gut dasteht."

Wolfgang Seelbach, Sprecher des Landeselternrates, nimmt als Studiogast in "Brandenburg aktuell" dazu Stellung. "Nach 5 Jahren Schulvisitation ist es sinnvoll, die Ergebnisse transparent zu machen. Allerdings sollten die Eltern und Schulbeteiligten keine Rankings von Schulen machen, sondern sich die Qualitätsmerkmale einzeln anschauen."

In Ergänzung zu den "gut geschulten" Visitationsteams hält er eine stärkere Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen wie z. B. Eltern, Wirtschaft und Gewerkschaften für sinnvoll. Er verweist auf Berlin, wo bei allen Inspektionen auch Ehrenamtliche beteiligt sind.

Bei der Einbeziehung privater Schulen in die Qualitätskontrolle müsse noch nachgebessert werden.

Nach der Visitation sei es den Schulen vorbehalten, wie sie mit den Ergebnissen umgehen. Einige Schulen benötigten hier noch mehr Unterstützung.

Der Landeselternrat hat das Thema Schulvisitation auf seiner Septembersitzung diskutiert. Er wird sich mit zwei Gutachtern an einer Feedbackrunde zur Berichterstellung der Schulvisitation beteiligen. Unbefriedigend ist bei einigen Visitationen immer noch das Auswahlverfahren der Eltern. Hier sollte generell über die Elternkonferenz und/oder per Losverfahren entschieden werden. Eine Auswahl durch Schulleitungen ist abzulehnen.

[Siehe die Mitteilung des Ministeriums](#)

[Hier kommt man zu den Berichten](#)

Mehr Infos: http://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/index.media.%21etc%21medialib%21rbb%21rbb%21aktuell%21aktuell_20120924_schule.html

http://www.inforadio.de/programm/schema/sendungen/int/201209/24/brandenburg_macht.html

Magen Darm Epidemie

Veröffentlicht am 29.09.2012 durch Redaktion

“Die aktuelle Magen-Darm-Epidemie (Gastroenteritis) der 39. Kalenderwoche ist nach Aussage des Robert Koch Institutes ” ... der bisher mit Abstand größte bekannte lebensmittelbedingte Ausbruch in Deutschland.”

Auch wenn jetzt die Meldungen von Neuerkrankungen zurückgehen und die genaue Ursache noch erforscht wird, fordert Wolfgang Seelbach, Sprecher des LER, die Schulen, Kitas und Horte auf, über einen vorläufigen Stopp der Essensausgabe von Sodexo-Produkten nachzudenken – soweit noch nicht geschehen. Der warme September ist möglicherweise eine weitere Ursache für die Häufung von Magen- und Darminfektionen. Dennoch ist unübersehbar, dass an fast allen betroffenen Einrichtungen Catering-Verträge mit Sodexo bestehen. Deshalb haben schon viele Eltern ihre Kinder vom Essen abgemeldet, einige Einrichtungen verzichten zur Zeit auf die Ausgabe von Sodexo-Essen. Darauf verweist Herr Seelbach in der MAZ vom 2.10.

Die Berliner Bildungssenatorin hat einen entsprechenden Aufruf an die Einrichtungen verfasst, das Brandenburger Bildungsministerium hält sich in der Frage noch zurück. In der Fernsehsendung rbb-aktuell am Freitag, 28.9., forderte Herr Seelbach deshalb eine bessere Information seitens der Behörden ein.

Herr Seelbach fordert die Eltern auf, nach Aufklärung der Ursachen auf den Elternabenden und Sitzungen der Mitwirkungsgremien das Thema zu diskutieren, ob und wie im Wiederholungsfall eine bessere Information seitens der Behörden und vielleicht auch untereinander möglich ist. Außerdem sollten die Eltern und die Träger der Schulen, Kitas und Horte prüfen, ob nicht ein Wechsel zu regionalen Anbietern, die vor Ort kochen, möglich ist. Auch mit Elternküchen wurden gute Erfahrungen gemacht.

PM des Gesundheitsministeriums:

<http://www.mugv.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.309478.de>

<http://www.pnn.de/titelseite/685986/>

Pressebericht vom 2.10.2012

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12401203/62249/Catering-Firma-beliefert-weiter-Brandenburger-Kitas-und-Schulen.html>

Verhaltenshinweise bei Erkrankungen und weitere Infos aus der Presse:

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12400063/62249/>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12400074/62249/Inzwischen-fast-ErkrankteAnbieter-von-Schulessen-weist-Vorwuerfe-zurueck.html>

<http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/680914/>

Wolfgang Seelbach, Sprecher Landeselternrat Brandenburg”

Vergleichsstudie Grundschulen

Veröffentlicht am 5.10.2012 durch Redaktion

Vergleichsstudie Grundschulen

<http://www.iqb.hu-berlin.de/institut/news?pg=n009>

Pressereaktionen

<http://www.pnn.de/titelseite/686769/>

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12402743/7249904/Grundschueler-im-Sueden-rechnen-und-lesen-besser.html>

Was kostet gutes Schulessen?

Veröffentlicht am 9.10.2012 durch Redaktion

Beispiel Grundschule: Nach einer [Studie vom September 2012](#), die der Berliner Senat in Auftrag gegeben hat, liegen die in Modellrechnungen kalkulierten Preise je nach Anzahl der ausgegebenen Mahlzeiten zwischen 3,17€ und 3,36€, also deutlich über den vom Senat angesetzten tatsächlichen 2,01€. Für andere Schularten sehen die Zahlen ähnlich aus. Sowohl kleine (300 Mahlzeiten/Tag), als auch mittlere (2.000/Tag) und große (10.000/Tag) Unternehmen könnten nach dieser Rechnung ihre Betriebskosten nicht decken.

Worin sieht die Autorin die Ursachen für diesen Unterschied?

1. Die Modellrechnung geht vom Qualitätsstandard der DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung) aus. Der wurde zum Teil nicht eingehalten.
2. Liefererrabatte konnten nicht berücksichtigt werden.
3. Den Personalkosten liegen tarifliche Löhne zu Grunde. Auszubildende und geringfügig Beschäftigte wurden nicht berücksichtigt.
4. Mögliche Optimierungen beim Energieaufwand wurden nicht berücksichtigt.
5. Der Gewinn wurde bei der Modellrechnung branchengerecht mit 8% Mindestgewinn angesetzt, tatsächlich hat die Autorin einen Gewinn von 1-2% ermittelt. Das ist zu wenig für weitere Investitionen.

Mein Fazit: Angesichts der vorliegenden Zahlen würden die Deckungsbeiträge auch mit hohen Lieferrabatten nicht positiv. Die Unternehmen können deshalb bei der Qualität und den Personalkosten den erwarteten Standard nicht einhalten.

Übrigens: Bei einem Bio-Anteil von 20% würde sich an der Grundschule der Preis um 9 bis 13 Cents erhöhen.

Wolfgang Seelbach

Quelle: http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/besondere_paedagogische_konzepte/gute_gesunde_schule/schulverpflegung_kosten_qualisicherung.pdf?start&ts=1347018021&file=schulverpflegung_kosten_qualisicherung.pdf

Geschützte Surfräume

Veröffentlicht am 10.10.2012 durch Redaktion

PM "Schau hin", mehr unter www.schau-hin.info
Online? Aber sicher! Kinder brauchen geschützte Surfräume

Die ersten Schritte im Netz sollen für Kinder sicher sein. Geschützte Surfräume helfen ihnen dabei. Jetzt ist auch ein „Zentrum für Kinderschutz im Internet“ gegründet worden. Auf was Eltern achten sollten, um ihren Kindern einen guten Start im weltweiten Netz zu ermöglichen, verdeutlicht die Initiative „SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen.“

Für viele Eltern ist es ein heikler Moment: Die Kinder wollen das erste Mal im Netz surfen und Erwachsene haben die Sorge, dass sie dabei auf ungeeignete Inhalte stoßen oder sogar durch andere Nutzer belästigt werden. Auch das ZDF beschäftigt sich am 11. Oktober 2012 in einem Themenabend mit diesen Gefahren. Gerade für Anfänger sind geschützte Surfräume ratsam. Denn diese leiten ausschließlich zu kindgerechten Angeboten weiter, die zuvor von Medienpädagogen geprüft worden sind. Zudem bieten sie altersgerechte Informationen und Spielangebote. Wichtig ist aber auch die Unterstützung der Erwachsenen. „Eltern sollten mit ihren Kindern gemeinsam surfen und sie beim Start in diese für sie noch unbekannte Welt begleiten. Auch in geschützten Surfräumen müssen sich Kinder erst einmal zurecht finden“, rät Susanne Rieschel, Sprecherin der Initiative „SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen.“

Sicher vom ersten Klick an

Welche Seiten im Netz interessieren Kinder besonders? Eltern sollten dies wissen, sich mit den Seiten beschäftigen und mit dem Nachwuchs notwendige Sicherheitsregeln durchsprechen. „Am besten richten Eltern mit ihrem Kind eine kindgerechte Startseite ein und speichern weitere Lieblingsseiten ihrer Kinder als Favoriten“, sagt Lena Hilles, Leiterin des Referats „Internet für Kinder“ bei jugendschutz.net. „So können Kinder ihre Lieblingsseiten direkt anwählen und suchen nicht wahllos im Internet.“ Eine geeignete Startseite ist zum Beispiel www.meine-startseite.de.

Sinnvoll ist es außerdem, einen eigenen Benutzerzugang für Kinder anzulegen, damit sie nicht auf Seiten surfen, die ihre Eltern nutzen. Kindern macht es großen Spaß, mit Hilfe der Eltern den Zugang nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Im Browser können Kindersuchmaschinen (wie www.fragFINN.de oder www.blinde-kuh.de) festgelegt werden, so dass Kinder beim Suchen im Internet auf „guten“ Seiten surfen. Die Installation einer Jugendschutzsoftware ermöglicht zudem, dass für sie nicht geeignete Angebote herausgefiltert werden können– doch dies ersetzt nicht die Aufmerksamkeit und Begleitung der Eltern beim Umgang ihrer Sprösslinge mit dem Internet.

Dialog über Inklusion

Veröffentlicht am 28.10.2012 durch Redaktion

Am 23.10. fand ein Bildungspolitischer Dialog unter dem Motto „Inklusive Schule, Schule der Zukunft?“ statt. Eingeladen hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Moderatorin war Professorin Dr. Dörte Putensen. Der bekannte Inklusionsforscher Professor Dr. Hans Wocken präsentierte Konzepte und Programmatik der Inklusion. In der Zukunft werde angesichts der Geburtenrate von 1,3 der Anteil der Migranten unvermeidlich steigen, so dass Inklusion auch unter diesem Aspekt eine zentrale Herausforderung sei. Der ehemalige Schulleiter Wilfried W. Steinert stellte ein preisgekröntes Beispiel vor, die Waldhofschule in Templin. Die Landtagsabgeordnete Gerrit Große referierte die derzeitige Stellung der Pilotschulen Inklusion im politischen und finanziellen Umfeld. Sie betonte, dass diese Umgestaltung auf viele Jahre angelegt ist, dass die entscheidenden ersten Schritte aber schon getan sind.

In der anschließenden Podiumsdiskussion positionierten sich Vertreter aus unterschiedlichen Bereichen. Die Professorin und Sonderpädagogin Dr. Karin Salzberg-Ludwig, der ehemalige Schulleiter der Gesamtschule Birkenwerder Hansjörg Behrendt, der GEW-Vorsitzende Günter Fuchs und der Landeselternsprecher Wolfgang Seelbach nahmen zu aktuellen Fragen Stellung.

Aus Sicht des Veranstalters hier eine Zusammenfassung der

[Ergebnisse der Podiumsdiskussion](#)

Studie: Lernende als “Auf- und Absteiger”

Veröffentlicht am 31.10.2012 durch Redaktion

Eine gestern veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung liefert umfangreiches Zahlenmaterial zur Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems. Ein Ländervergleich ist nur bedingt möglich, da die Schulsysteme unterschiedlich sind.

http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-05F161CA-1B813932/bst/xcms_bst_dms_36755_2.pdf

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12415756/492558/>

Oberstufe wieder in der Diskussion

Veröffentlicht am 5.11.2012 durch Redaktion

Das Lise Meitner Gymnasium positioniert sich zur neuen gymnasialen Oberstufe, in Neuenhagen gibt es eine Unterschriftensammlung

“Stellungnahme der Elternkonferenz des Lise Meitner Gymnasiums Falkensee zur neuen gymnasialen Oberstufenverordnung (GOSTV)

Die neue gymnasiale Oberstufe (GOST) führt an unserer Schule dazu, dass die Auswahlmöglichkeiten der Lernenden deutlich reduziert werden und eine Spezialisierung z. B. auf Naturwissenschaften oder Ästhetik kaum noch möglich ist.

Die ‚Highlights‘ der gymnasialen Oberstufen waren beispielsweise naturwissenschaftlich-technische Versuchsreihen, Vorbereitung auf Wettbewerbe, „Jugend forscht“ und die Musical- und Theatervorführungen. Hier wurde selbstständig, engagiert und auch mal nachmittags bzw. am Wochenende „gelernt“. Das ist sehr effizient, denn das Wissen und die Kompetenzen werden in den projektorientierten Leistungskursen langfristig und nicht nur für den nächsten Test erworben. Insbesondere Darstellendes Spiel vermittelt Schlüsselkompetenzen, die in nahezu allen Berufen benötigt werden. Wir fragen uns, wie in der mit 11 Fächern und 34 Wochenstunden überfrachteten neuen Oberstufe für die genannten ‚Highlights‘ noch ausreichend Zeit sein wird.

Wenn sich mit der neuen Oberstufe die Abiturnoten und die Vorbereitung auf die Uni nicht verbessern, sollte das Ministerium den Mut haben, den Schulen wieder mehr Spielraum zu geben.

Im Auftrag der Elternkonferenz:

Wolfgang Seelbach, Schulelternsprecher,

Christine Schichler, Stellvertreterin,

Angelika Maaser, Stellvertreterin”

Aktion aus Oranienburg:

Liebe Schülerinnen und Schüler,
Sehr geehrte Interessierte und Eltern!

Kann es gerecht sein mit rund **80 Unterrichtsstunden Differenz** das gleiche Abitur zu schreiben?

Nein, das kann es nicht! Aber dennoch wird genau das ab 2014 in Brandenburg praktiziert-wenn wir uns nicht wehren!!!

Ab dem diesjährigen 11er-Jahrgang gilt in Brandenburg eine Schulreform, die besagt, dass statt den vorherigen Leistungskursen mit 5 Stunden pro Woche nun Kurse auf erhöhtem Leistungsniveau mit 4 Stunden pro Woche unterrichtet werden. In Berlin findet diese Änderung nicht statt und trotzdem sollen die Schüler der beiden Länder weiterhin gemeinsame Abiturprüfungen in den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch und in einem Kern der Aufgaben auch in Mathematik absolvieren.

Weil wir mit dieser Regelung nicht einverstanden sind, haben wir bereits einen offenen Brief an die Ministerin Fr. Dr. Münch geschrieben. Dieser ist auf <http://www.direktzu.de/muench/> veröffentlicht, wurde aber leider seit 5 Wochen nicht beantwortet!

Deshalb haben wir vor eine Podiumsdiskussion zur Fragestellung „*Müssen die brandenburger Schülerinnen und Schüler 2014 mit schlechteren Abiturprüfungsergebnissen rechnen, als die Berliner?*“ zu veranstalten. Zu diesem Anlass wollen wir der Ministerin gerne eine Forderung der SchülerInnen Brandenburgs an die Landesregierung überreichen. Um zu zeigen, dass wir nicht die einzigen sind, die mit dieser Änderung unzufrieden sind, möchten wir diese Forderung mit einer Unterschriftenliste untermauern. Darum haben wir folgende Bitte an euch:

Unterstützt uns, indem ihr euch in der Tabelle mit Name, Unterschrift und Adresse eintragt und Thema publik macht!!! Je mehr Unterschriften, desto besser! (Lehrer dürfen leider nicht unterschreiben, da sie gegenüber ihrem Arbeitgeber loyal sein müssen. Eltern, Freunde, Verwandte, Nachbarn, ... sind aber natürlich alle herzlich eingeladen uns zu helfen! Falls ihr noch privat Unterschriften sammeln wollt, könnt ihr die Forderung, diesen Brief und natürlich die Liste auch auf unserer Internetseite finden und ausdrucken.)

Außerdem würden wir uns natürlich freuen, wenn ihr auch die Initiative ergreift und mit eigenen, kreativen Ideen den Druck auf die Politiker erhöht. Wenn ihr wollt können eure Aktionen dann auch auf der von uns erstellten Internetseite www.faires-abi-in-bb.de veröffentlicht werden. Dort findet ihr auch mehr Informationen zum Thema. Weitere Mails an Fr. Münch (martina.muench@mbjs.brandenburg.de) würden den politischen Druck vermutlich ebenfalls erhöhen.

Vielen herzlichen Dank für eure Unterstützung,
Mit freundlichen Grüßen

Clara Pioch und Clara Stroetmann

PS: Ausgefüllte (auch halbvolle!) Unterschriftenlisten bitte entweder einscannen und per Mail an clara.pioch@gmx.net senden oder ganz klassisch per Post an: **Clara Pioch, Breitscheidstr. 5, 16556 Hohen Neuendorf OT Borgsdorf.**

**Der offene Brief an die Bildungsministerin Fr. Münch via [direktzu.de/muench](http://www.direktzu.de/muench) am 13.09 veröffentlicht:
[Gerechtes Abitur 2014 für Brandenburger Schülerinnen und Schüler!?](#)**

Sehr geehrte Fr. Münch,
Ich bin momentan Schülerin der 11. Klasse des F.F.Runge Gymnasiums Oranienburg und hätte noch einige Fragen bezüglich der gemeinsamen Abiturprüfungen von Berlin und

Brandenburg in den Fächern Deutsch, Englisch, Französisch und Mathe (letzteres nur in den grundlegenden Aufgabenstellungen).

Zwar habe ich Ihre Stellungnahme vom 20.April.2012 gegenüber der Anfrage des Landeselternrates gelesen, jedoch bin ich damit nicht ganz zufrieden gestellt:

Es ist doch so, dass wir in jeder der rund 40 Schulwochen eines Jahres eine Stunde weniger Unterricht in den Leistungskursen (bzw. in Brandenburg: Kursen mit erweitertem Anforderungsniveau)

als die berliner Schülerinnen und Schüler haben. Das ist wesentlich weniger!

Wie kann es dann gerecht sein die gleichen Prüfungen zu schreiben?

Ich kann nicht verstehen, wie dieser krasse Unterschied ohne verschiedene, jeweilig angepasste Prüfungen zu überwinden sein soll.

Was bedeutet "In den Erwartungshorizonten zu den Prüfungsaufgaben, die Grundlagen für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind, werden gegebenenfalls die in den beiden Ländern unterschiedlichen unterrichtlichen Voraussetzungen berücksichtigt." konkret?

Bekommen dann berliner LehrerInnen andere Lösungs-/Erwartungsbögen als die Brandenburger oder bekommen beide das gleiche und die Lehrer werden nur aufgefordert etwas so und so/ unter Berücksichtigung von.../ in Anbetracht der Tatsache, dass... zu bewerten.

Könnten sie dann nicht fast machen, was sie wollen? Nach dem Prinzip: "Oh, diesen Schüler mag ich, den bewerte ich mal nach den brandenburgischen Maßstäben!"

Außerdem verstehe ich nach einem direktem Vergleich das Prinzip der Rahmenlehrpläne in diesen Fächern nicht mehr.

Müssten Lehrpläne, die auf das gleiche Abitur hinauslaufen nicht eigentlich identisch sein.

Welchen Anreiz gibt es für berliner LehrerInnen, die wenigen zusätzlichen Aspekte des dortigen Rahmenplanes im Unterricht zu thematisieren?

Sie dürften doch sowieso nicht prüfungsrelevant sein und, so wie ich LehrerInnen bis jetzt kennen gelernt habe, wollen sie meistens die besten Ergebnisse für ihre Schüler erzielen, was doch in diesem Fall einfach heißen würde, dass an berliner Schulen der gleiche Stoff mit mehr Übungszeit abgehandelt wird, oder?

Und mehr Übungszeit führt meiner Meinung nach fast zwangsläufig zu besseren Ergebnissen.

Meine größten Bedenken richten sich dabei auf die Fremdsprachen, in denen unter Umständen Wortschatz, Grammatikanwendung und die Schreibgewohnheit fehlt, aber auch im Fach Deutsch lässt sich Vieles durch Übung trainieren und automatisieren.

In meinen Augen wäre momentan die einzige gerechte Lösung die Abiturprüfungen auch in Deutsch, Englisch, Französisch und Mathe nur landesintern zentral zu gestalten ,d.h. andere Prüfungen als Berlin!!

Für andere (gut begründete!) Lösungsansätze bin ich aber dennoch natürlich offen.

Ich würde mich freuen von Ihnen zu hören und hoffe Sie können mir Ihre Lösung für dieses Problem nennen, da wir (eine Schüler- und Elterngruppe) uns sonst gezwungen sähen, die Abiturresultate bzw. schon vorher die geplante Umsetzung der Einheitsprüfungen gerichtlich anzufechten.

Mit freundlichen Grüßen

Clara Stroetmann

(die Stellungnahme der Ministerin, auf die in diesem Brief Bezug genommen wird, ist als PDF-Datei online unter <http://fares-abi-in-bb.de/tl/Noch-mehr-Infos.htm>)

Oktober 2012

Aufruf an die Brandenburger Landesregierung:

Zentrale Abiturprüfungen mit Berlin trotz großer unterrichtlicher Differenzen

Wir, Schülerinnen und Schüler des Landes Brandenburg, fordern hiermit die Landesregierung (im Bereich Bildung, Jugend und Sport) auf, die gemeinsamen Abiturprüfungen mit Berlin in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch zu unterbinden! Die unterschiedlichen unterrichtlichen Voraussetzungen erlauben keine identischen Prüfungen mehr! In Mathe besteht prinzipiell das gleiche Problem, darum wären von Berlin unabhängige Prüfungen auch in diesem Fach wünschenswert.

Pro Fach 2 Jahre lang eine Schulstunde weniger pro Woche lernen zu können, führt zwangsläufig zu einemschlechteren Lernergebnissen. Nicht nur AbiturientInnen, die einen Studiengang mit Numerus Clausus anstreben, werden durch diese Regelung wichtige Punkte fehlen.

Wir halten es für nicht realisierbar diese Verschiebungen nur durch eine Veränderung der Erwartungs-/Berwertungshorizonte fair auszugleichen!

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich den Aufruf an die Landesregierung Brandenburgs gelesen habe und die Forderung unterstütze!

siehe auch <http://fares-abi-in-bb.de.tl/Noch-mehr-Infos.htm>

Noch geheim: Wird Schulesen in Berlin besser?

Veröffentlicht am 8.11.2012 durch Redaktion

Nach Informationen des Tagesspiegel will die Bildungssenatorin in Berlin, dass in Zukunft nicht mehr nach Preis, sondern nach Qualität entschieden wird.

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/neues-verfahren-geplant-senat-will-besseres-schulesen-servieren/7359708.html>

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/neues-verfahren-geplant-so-viel-zahlen-die-eltern-fuer-das-schulesen-bisher-/7359708-2.html>

Warn"streik" der Lehrkräfte

Veröffentlicht am 21.11.2012 durch Redaktion

Gut besuchte Personalversammlungen am 22.11. wirken sich wie ein kleiner Streik aus.

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12427504/62249/Wegen-Protesten-von-Paedagogen-faellt-morgen-in-Brandenburg.html>

<http://www.pnn.de/titelseite/700168/>

<http://www.moz.de/details/dg/0/1/1058820/>

Amok

Veröffentlicht am 18.12.2012 durch Redaktion

Der furchtbare Amoklauf in den USA hat wieder neue Diskussionen ausgelöst. Es gab auch in Deutschland Amokläufe, die seitens der betroffenen Eltern zu Forderungen an Politik und Verwaltung geführt haben (2002 Erfurt, 2009 Winnenden bei Stuttgart).

Rückwirkend lässt sich feststellen, dass einige Forderungen umgesetzt wurden, andere nicht. Notfallpläne mit Hinweisen zur Informationskette und zum Verhalten sind inzwischen an den Schulen installiert.

<http://www.mbjs.brandenburg.de/sixcms/detail.php/bb1.c.171508.de>

Wer sich genauer damit beschäftigen möchte, findet beim Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden detaillierte Informationen.

<http://www.stiftung-gegen-gewalt-an-schulen.de/>

Der Expertenbericht zu Winnenden gibt über 80 Empfehlungen ab, von Präventionsmaßnahmen über Krisenmanagement bis hin zur Reduzierung der Anzahl von erreichbaren Waffen. Forderungen der Elterngremien nach mehr Sozialarbeitern, besserer Personalausstattung und individueller Betreuung sind in diesem Zusammenhang auch zu erwähnen. Ganztägig verschafft dem Personal mehr Zeit, sich um Gefährdete zu kümmern. Die geplanten Maßnahmen zur Inklusion und Anti-Mobbing-Programme unterstützen die Prävention. Eltern aus Winnenden bemängeln, dass Waffen immer noch zu Hause gelagert werden.

<http://www.stiftung-gegen-gewalt-an-schulen.de/media/BERICHTExpertenkreisAmok.pdf>

Aktuelle Forderungen aus Politik und Gesellschaft

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12442339/62249/Innenminister-Appelle-reichen-nicht-Schulen-fordern-mehr-Psychologen.html>

Kommentare von Schulleitern, Schülern und Eltern

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12442329/62249/Brandenburger-Lehrer-wollen-sich-wegen-des-Amoklaufs-nicht.html>

Diskussion über Schulessen

Veröffentlicht am 18.12.2012 durch Redaktion

Pressemeldungen über den aktuellen Stand der Debatte

Frankfurt (Oder)

<http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/frankfurt-oder/frankfurt-oder-artikel/dg/0/1/1073096/>

Oranienburg

<http://www.moz.de/details/dg/0/1/1055322/>

Falkensee

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12431495/61759/Stadt-Falkensee-wird-keine-eigene-Kueche-betreiben-SPD.html>

Berlin

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/schulessen-caterer-drohen-mit-kuendigung-vertraege-laufen-aus-senat-muss-entscheiden/7528668.html>

neue Gesamtschule

Veröffentlicht am 18.12.2012 durch Redaktion

Davon können Eltern im ländlichen Raum nur träumen: In Potsdam wird zum Schuljahr 2013/14 eine neue Gesamtschule eröffnet.

“Das Modell der Gesamtschule ist in Potsdam laut Schulrat Eckhard Dörnbrack sehr gefragt, denn es vereint alle Abschlüsse bis hin zum Abitur und lässt die Laufbahn doch lange offen.”

<http://www.maerkischeallgemeine.de/cms/beitrag/12442264/60709/Im-August-koennen-vier-siebte-Klassen-am-Schilfhof.html>

KER HVL fordert gleiche Abi-Bedingungen!

Veröffentlicht am 18.12.2012 durch Redaktion

Hier die Presseerklärung des Kreiselternrates Havelland vom Dezember 2012

Gleiches Abitur auf unterschiedlichem Niveau?

Ab 2014 soll in den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch und Französisch (später auch in anderen Fächern) in Berlin und Brandenburg das gleiche Abitur geschrieben werden. Vom Grundsatz her begrüßen wir Eltern ein solches „Zentralabitur“, da dadurch die Bildungsunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern reduziert werden. Das gilt natürlich nicht, wenn die Brandenburger Schüler derart benachteiligt werden:

Abiturbedingungen Brandenburg – Berlin im Vergleich:

<u>Umfang der Leistungskurse:</u>	
Brandenburg	Berlin
Jeder Schüler muss	
5 Leistungskurse zu je 4 Stunden/ Woche	2 Leistungskurse zu je 5 Stunden / Woche
belegen	

Unsere Brandenburger Schüler sind also gezwungen, sich ständig auf 5 Fächer auf erhöhtem Anforderungsniveau zu konzentrieren, in Berlin nur auf 2.

<u>Inhalt der Leistungskurse:</u>	
Brandenburg	Berlin
5 Leistungskurse: Es müssen D, Ma, Fremdsprache, Naturwissenschaft und ein Fach freier Wahl belegt werden	2 Leistungskurse: Ein Leistungskurs muss aus den Fächern D, Ma, Fremdsprache, Naturwissenschaften, der 2. Leistungskurs kann frei gewählt werden

Es liegt auf der Hand, dass es eine wesentlich anspruchsvollere Aufgabe ist, sich z.B. auf die Leistungskurse Deutsch, Mathematik, Englisch, Biologie und Geschichte zu konzentrieren, als beispielsweise auf die Leistungskurse Physik und Kunst, wie es in Berlin möglich wäre.

<u>Zeitlicher Umfang der Leistungskurse:</u>	
Brandenburg	Berlin
Leistungskurse 4-stündig	Leistungskurse 5 – stündig

Bei ca. 39 Schulwochen im Jg. 11 und ca. 28 Schulwochen im JG. 12 bedeutet das, dass die Brandenburger Schüler ca. 70 Stunden weniger Unterricht und damit Zeit zum Lernen in jedem Fach haben, obwohl sie die gleichen Prüfungen absolvieren sollen.

<u>Schriftliche Abiturprüfungen:</u>	
Brandenburg	Berlin
3 schriftliche Abiturprüfungen auf Leistungskursniveau	2 schriftliche Abiturprüfungen auf Leistungskursniveau und 1 schriftliche Abiturprüfung auf Grundkursniveau

In Brandenburg findet also in wichtigen Abiturfächern ca. 20-33% weniger Unterricht als in Berlin statt. In Deutsch, Englisch und Französisch sollen nach Aussage der Ministerin unterschiedliche Lösungshorizonte und in Mathematik flankierend auch andere Aufgaben verwendet werden. Diese Maßnahmen reichen aus unserer Sicht nicht aus und werfen neue Fragen auf. Die geringere Stundenzahl in Brandenburg muss stärker berücksichtigt werden und auch in den Sprachfächern unterschiedliche Aufgaben verwendet werden.

Wir Eltern lehnen diese ungerechten Prüfungsbedingungen im Land Brandenburg ab und fordern das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg auf, auf das gemeinsame Abitur mit Berlin zu verzichten, solange die Bedingungen in beiden Bundesländern so unterschiedlich sind.

Burkhard Meyer zu Natrup, Sprecher des KER HVL

Faires Abi! Veranstaltung in Oranienburg

Veröffentlicht am 19.12.2012 durch Redaktion

Hier der Bericht von einer gut besuchten Veranstaltung in Oranienburg:

Podiumsdiskussion am 03.12.12 im Runge Gymnasium Oranienburg

-Müssen die Brandenburger SchülerInnen 2014 mit schlechteren Abiturergebnissen rechnen?
Als Initiatorinnen der Podiumsdiskussion, die am Montag, den 03.12.12 in der Mensa unserer Schule stattfand, möchten wir die Entwicklung, die Ergebnisse und Atmosphäre gerne aus unserer Sicht schildern und auswerten.

Zunächst danken wir auf jeden Fall nochmals ganz herzlich allen Anwesenden für ihr Interesse, sowie all denjenigen, die unsere Forderung per Unterschrift unterstützt haben!!!

Rund 160 Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern, plus weitere Interessierte und einige Reporter befanden sich um 18.00 Uhr in unserer Mensa und wir konnten dem Staatssekretären Herrn Jungkamp mehr als sagenhafte 3300 Unterschriften überreichen! Diese gigantische Menge an Unterschriften- und natürlich unsere Gäste

- Frau Blechinger (CDU-Landtagsabgeordnete im Bildungsausschuss, ehem. Lehrerin),
- Herr Erhardt (FDP-Kreistagsabgeordneter, kurzfristig für Herrn Büttner eingesprungen),
- Herr Jungkamp (Staatssekretär der Bildungsministerin Frau Münch),
- Herr Gärtner (stellvertretender Vorsitzender des Landeselternrates),
- Stine Rasehorn (Schülerin aus dem Landesschülerrat),

sowie unser Moderator Herr Günther (Elternvertreter unserer Schule), der durch seine sehr gelungene Moderation die Diskussion in dieser Form erst ermöglichte, verliehen dem Ereignis einige Bedeutung! Dankeschön!

Alles in allem war es eine sehr gute, lebhafte Debatte, die die Schüler-, Eltern- und auch die Lehrerposition zu diesem Thema klar aufzeigte, aber leider keine Klärung brachte, sondern statt dessen für noch mehr Ratlosigkeit und Verwirrung auf Seiten der Betroffenen sorgte. Um zu Verstehen wie es dazu kam, möchten wir den Verlauf der Podiumsdiskussion skizzieren und auf Meinungen einzelner Teilnehmer eingehen.

Die Diskussion begann mit fünfminütiger Verzögerung und ohne Herrn Jungkamp, da dieser durch ein verkehrstechnisches Problem aufgehalten worden war. Nachdem die Mitglieder des Podiums vorgestellt waren (Lebenslauf/derzeitige Funktion und Tätigkeit), folgte eine erste Fragerunde in der jeder seine Position zum Thema deutlich machte. Frau Blechinger wies schon in dieser Phase des Gespräches darauf hin, dass der Nachteil für die Brandenburger SchülerInnen nicht nur darin bestünde, dass diese wesentlich weniger Unterrichtsstunden und damit Lernzeit haben, sondern auch in der größerem Heterogenität der Klassen. Sie argumentierte dazu sehr sachlich und überzeugend mit Zahlen: in Berlin wählen jedes Jahr rund 17% der zukünftigen AbiturientInnen einen Matheleistungskurs; in Brandenburg waren es mit rund 33% schon immer ein paar mehr; aber nun muss jeder Brandenburger Schüler einen „Kurs auf erhöhtem Anforderungsniveau“ im Fach Mathematik belegen, was laut Frau Blechingers Lehrerfahrungen die Geschwindigkeit, mit der der Lernstoff erfolgreich vermittelt werden kann, senkt. (-Eigentlich logisch.) Heterogene Klassen stellen also nicht generell ein Problem dar, sind aber bei einer geringeren Stundenanzahl ein zusätzlicher erschwerender Aspekt für die Schüler, ein Aspekt, der bei der Diskussion um ein Zentralabitur unbedingt berücksichtigt werden sollte. Mit der Ankunft von Herrn Jungkamp spitzte sich die Diskussion zu, da nun der einzige (und besonders wichtige) Befürworter des Zentralabiturs in seiner derzeitigen Ausgestaltung anwesend war. Von Beginn an vertrat Herr Jungkamp, wie erwartet, die Position für die GostV in Brandenburg und das gemeinsame Abitur mit Berlin. Verwirrung stiftete er, als er behauptete, dass Brandenburg und Berlin gar keine identischen Prüfungen (in keinem Fach!) schreiben würden. Als Clara Stroetmann

daraufhin aus dem Brief der Ministerin zitierte: „In den gemeinsamen Prüfungsfächern Deutsch, Englisch und Französisch ermöglichen die Prüfungsschwerpunkte vollständig gleiche Aufgaben für beide Länder.“, antwortete Herr Jungkamp zwar ausschweifend und lang, aber leider nicht präzise. Als Quintessenz seiner Reaktion lässt sich sagen, dass ermöglichen und durchführen noch lange nicht das gleiche sind und dass komplett identische Prüfungen unter diesen Voraussetzungen also nie geplant waren. Das klang nicht sehr überzeugend und sorgte für Gelächter im Publikum. Leider muss zum Diskussionsverlauf gesagt werden, dass man vom eigentlichen Kernproblem oft entfernt war. So wurde auch immer wieder die Frage aufgeworfen, ob ein gesamtdeutsches Zentralabitur vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Schulsystemen in 16 Bundesländern überhaupt jemals möglich sein wird oder aber wie man den Unterrichtsausfall in Brandenburg minimieren könne. Den Lehrermangel brachte vor allem Herr Erhardt immer wieder zur Sprache, der sich für Chancengleichheit und für ein dezentrales Abitur innerhalb Brandenburgs aussprach, womit jede Schule ihre eigenen Prüfungen hätte. Zum Thema Unterrichtsausfall/Lehrermangel muss im Zusammenhang mit den Berlin-Brandenburger Zentralprüfungen jedoch noch gesagt werden, dass im Zuge der GostV auch die Lehrer-Schüler-Relation gesenkt wurde, was bedeutet, dass seitdem weniger Lehrerstunden pro Schüler zur Verfügung stehen. Die Folgen daraus sind größere Klassen und im Krankheitsfall mehr Unterrichtsausfall. Dieses Argument wurde in der Debatte leider nicht bedacht. Sorgen der Eltern und Schüler in Bezug auf eine nicht gegebene Chancengleichheit bei der Ausbildungs-/Studienplatzsuche konnte Herr Jungkamp nicht ausräumen. Stattdessen erhielten die Fragenden (insbesondere Herr Gärtner) nur unklare, ausschweifende und nicht zufriedenstellende Antworten. Dafür wusste am Ende der Veranstaltung hundertprozentig jeder in der Mensa, dass auch unser Herr Staatssekretär mal Lehrer für Mathe und Deutsch war. Na immerhin. Für die Probleme der jetzigen Schülergeneration schien er sich trotzdem wenig zu interessieren.

Gegen Ende der Diskussion war es möglich aus dem Zuschauerraum heraus Fragen zu stellen, was auch vielfach genutzt wurde. Einige unterrichtende Fachlehrer nutzten die Gelegenheit und äußerten so nochmals ihre begründeten Bedenken, insbesondere das Fach Englisch betreffend, in dem 80 fehlende Stunden zu einem wesentlich geringeren Sprachkontakt führen. Auch wiesen einige Lehrer darauf hin, dass eine Anpassung der Prüfungsaufgaben bei übereinstimmenden Kernfragen sich überaus schwierig gestalten könne bzw. im Prinzip gar nicht möglich sei. Uns Schülern stellt sich die Frage, welchen Anreiz es für Berliner Lehrer geben könne, sich an den umfassenderen Berliner Rahmenlehrplänen zu orientieren, wenn der zusätzliche Stoff sowieso prüfungsirrelevant ist.

Weiterhin bleibt zu bedenken, dass Landeseltern- und Landeschülerrat der GostV zwar zugestimmt haben, dies jedoch zu einem Zeitpunkt, als das Zentralabitur Berlin-Brandenburg noch gar nicht in Aussicht stand. Die breite Zustimmung für ein Zentralabitur mit unterschiedlichen unterrichtlichen Voraussetzungen, von der Herr Jungkamp spricht, hat es also nie gegeben! Man müsste sich ja auch wirklich fragen, warum jemand, der im Interesse der Schüler denkt, zu so etwas jemals zustimmen sollte. 80 Stunden Unterrichtsdifferenz pro Fach bei identischem Prüfungsformat sind eindeutig unfair!

Nicht unerwähnt bleiben soll die Anwesenheit von Frau Große (DIE LINKE), die erst später kommen konnte und daher nicht mit auf dem Podium saß. Dennoch: Frau Große hat die Diskussion trotzdem durch eine eindeutige Stellungnahme bereichert. Ihrer Ansicht nach ist der Zug bereits abgefahren und wir können an der zentralen Abiturprüfung nichts mehr ändern.

Ob und warum das so sein sollte wurde jedoch nicht weiter erläutert und mit diesem Statement werden wir uns so nicht zufrieden geben.

Insgesamt sind wir als Initiatorinnen zwar dankbar für das positive Feedback von allen Seiten

und fühlen uns in unserem Engagement bestätigt. Unser Ziel haben wir aber noch lange nicht erreicht. Wir werden uns weiterhin für gerechte Abiturprüfungen und ein faires Abitur einsetzen. Auch in Zukunft werden wir uns nicht so einfach unterkriegen lassen! Wir sind die jungen Wähler und wir haben was zu sagen und wir wollen gehört werden! Drei Fragen brennen uns nun seit der Podiumsdiskussion besonders unter den Nägeln: 1) Wie sollen unterschiedliche Prüfungen mit gleichen Kernaufgaben überhaupt konkret aussehen? 2) Warum gibt es dann überhaupt noch ein Zentralabitur in Berlin-Brandenburg? Ein Zentralabitur, das nicht identisch ist, ist doch kein Zentralabitur, oder? 3) Warum gibt uns Herr Jungkamp plötzlich ganz neue Informationen? Warum sollte in dem Brief „ermöglichen“ stehen, wenn es so oder so nicht umgesetzt würde?

Bei uns ist der Eindruck entstanden, dass in der Brandenburger Landesregierung etwas falsch gelaufen ist bzw. im Vorhinein nicht vorausdenkend gehandelt wurde so, dass diese Situation zustande kam und statt jetzt zurückzurudern wird so getan, als wäre alles schon immer so geplant gewesen und es gäbe auch sehr gute Gründe dafür. Leider wurden uns SchülerInnen, den Eltern und auch den Lehrerinnen und Lehrern diese Gründe nur bis heute nicht nachvollziehbar erklärt! Konkrete Ergebnisse hat diese Debatte natürlich nicht gebracht, Herr Jungkamp hat aber versprochen die Frage nach eigenen Abiturprüfungen für Brandenburg bzw. „angeglicheneren“ Bewertungsmaßstäben (wie auch immer er sich die vorstellt) im Landtag zu thematisieren. Er hat uns aufgefordert, ihn im März nochmals zu kontaktieren und nach dem Stand der Dinge zu fragen. Das werden wir natürlich machen und auch sonst müssen wir den Politikern jetzt natürlich noch weiter auf die Finger schauen und dürfen nicht aufhören Druck zu machen!
Clara Stroetmann und Clara Pioch

Faires Abi! Leserbrief eines Lehrers

Veröffentlicht am 20.12.2012 durch Redaktion

Veröffentlicht in der MAZ vom 20.12.2012

Sehr geehrte Redaktion,
in Ihrem heutigen Artikel „Prestigeprojekt auf dem Prüfstand: Märkische Schüler und Eltern protestieren gegen den gemeinsamen Abitur-Abschluß mit Berlin“ empfiehlt der Bildungsexperte Gordon Hoffmann von der CDU eine Orientierung der gymnasialen Oberstufe Brandenburgs an die von Sachsen und an die von Mecklenburg Vorpommern!
Zitat:

„Nein“, meint Gordon Hoffman. „Die Vergleichbarkeit ist nicht mehr gegeben“, sagt der Bildungsexperte der CDU-Fraktion. Deswegen hat die Union das Berlin-Abi in einem Parteitagebeschluss abgelehnt. Generell gegen gemeinsame Tests sei er aber nicht, sagt Hoffmann, im Gegenteil: „Die Leute haben die Schnauze voll von dem Flickenteppich in der Bildung.“ Sein Vorschlag: Brandenburg müsse sich lieber mit Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen verbünden, die vom Kurssystem besser zur Mark passen. (Von Marion Kaufmann)

Offensichtlich sind dem Bildungsexperten zwei Sachverhalte völlig unbekannt:
Die gymnasiale Oberstufe in Sachsen entspricht genau der gymnasialen Oberstufe von Berlin. Dort belegen die Schüler wie in Berlin nur zwei Leistungskurse im Gegensatz zu

Brandenburg!

In Brandenburg sind nun 5 Leistungskurse Pflicht, in Mecklenburg Vorpommern und in Sachsen Anhalt seit Jahren 6 Leistungskurse.

In beiden Ländern bleiben nun fast 10% der Schüler in den Klasse 11 sitzen, Die Abiturergebnissen in Mathematik haben sich drastisch von etwa 8,5 Notenpunkten auf bis 5,6 Notenpunkten verschlechtert!

Unter solchen Aspekten sind die Aussagen eines Bildungsexperten für mich mehr als verwunderlich!

Ich hoffe im Interesse der Schüler, dass ihre berufliche Entwicklung nicht weiter durch die Unkenntnis von Bildungsexperten bestimmt wird!

Mit freundlichen Grüßen

Günter Germann, Halle/S.